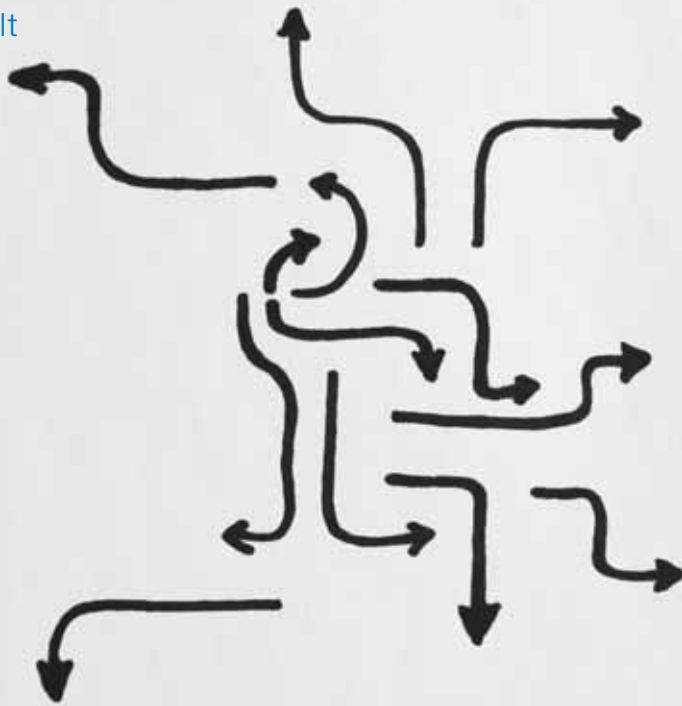




## Neue Hochschulen

Verwaltete Wissenschaft im Zeitalter  
der unternehmerischen Universität

Sparen, Prekarisierung und Konkurrenz



## neue hochschulen

**Führen die Hochschulreformen zur Qualitätssteigerung von Forschung und Lehre sowie zu höheren demokratischen und sozialen Standards?**

**04 Qualitätssiegel oder Augenwischerei?**

Neue Akkreditierungsrichtlinien für Hochschulen.

**06 Verwaltete Wissenschaft im Zeitalter der unternehmerischen Uni**

Hochschulsteuerung im Geiste eines Kennziffernregimes.

**10 Mit dem Sparen steigt die Konkurrenz**

Analysen zur Lage des Mittelbaus an den Universitäten.

**12 Prekärer Karriereverlauf**

Im Schweizer Wissenschaftsbetrieb fehlt es vor allem an festen Stellen für junge Forschende.

## regionen

**13 Mehr Mitsprache des Personals**

Strukturreformen an der Universität Zürich.

## bücher

**15 Wissenschaft oder Dummheit?**

Seit 20 Jahren findet in Deutschland ein neoliberaler Umbau der Hochschulen statt.

**15 Understanding Neoliberal Rule in Higher Education**

Fokus USA: Auswirkungen der neoliberalen Hochschulpolitik und Widerstandspotentiale.

**16 Bestandsaufnahme Kopfarbeit**

Zur beruflichen Situation prekärer GeisteswissenschaftlerInnen.

**18 Historische Aufklärung**

Ein Buch zur Entmythisierung der Schweizer Geschichte.

## aktuell

**19 Wer braucht noch Noten!**

Die Kolumne des Vereins «Volksschule ohne Selektion».

**21 Kurznachrichten**

## film

**22 Zuflucht gesucht – Rachel**

Ein Animationsfilm über ein Kind auf der Flucht.



Zeitschrift für  
Bildung, Erziehung  
und Wissenschaft

Ausgewählte Artikel der aktuellen Nummer der vpod bildungspolitik sind auch auf unserer Homepage zu finden. Jeweils zwei Monate nach Erscheinen sind die vollständigen Hefte als pdf abrufbar:

**vpod-bildungspolitik.ch**

## Impressum

**Redaktion / Koordinationsstelle**

Birmensdorferstr. 67  
Postfach 8279, 8036 Zürich  
Tel: 044 266 52 17  
Fax: 044 266 52 53

**Email:** redaktion@vpod-bildungspolitik.ch  
**Homepage:** www.vpod-bildungspolitik.ch

**Herausgeberin:** Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

**Einzelabonnement:** Fr. 40.– pro Jahr (5 Nummern)  
**Einzelheft:** Fr. 8.–

**Kollektivabonnement:** Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

**Satz:** erfasst auf Macintosh

**Layout:** Sarah Maria Lang, Brooklyn

**Titelseite Foto:** klosko / photocase.de

**Druck:** Ropress, Zürich

**ISSN:** 1664-5960

**Erscheint fünf Mal jährlich**

**Redaktionsschluss Heft 193:**  
28. September 2015

**Auflage Heft 192:** 3500 Exemplare

**Zahlungen:**

PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

**Inserate:** Gemäss Tarif 2011; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

**Redaktion**

Verantwortlich im Sinne des Presserechts  
Johannes Gruber

**Redaktionsgruppe**

Christine Flitner, Markus Holenstein, Ernst Joss,  
Ute Klotz, Ruedi Lambert (Zeichnungen),  
Urs Loppacher, Thomas Ragni, Martin Stohler,  
Ruedi Tobler, Peter Wanzenried

**Beteiligt an Heft 192**

Philipp Casula, Theo Margot, Peter Meier, Philippe Saner, Hans Rudolf Schelling, Sybille Zürcher

**D**er VPOD engagiert sich für demokratische und soziale Hochschulen. In diesem Sinne forderten wir auch bei der Einführung des neuen Akkreditierungsverfahrens für Hochschulen, dass Kriterien einbezogen werden, die soziale Standards und demokratische Mitbestimmung der Angestellten berücksichtigen. Liest man jedoch die entsprechenden Passagen in den verabschiedeten Akkreditierungsrichtlinien (vgl. S. 4-5), so hat man den Eindruck, dass diese lediglich als Alibi aufgenommen wurden. Die gültigen Akkreditierungsrichtlinien dürften kaum etwas dazu beitragen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und autoritäre Entscheidungsprozesse an den Hochschulen zu verhindern. Im Gegenteil sind diese wohl ein Beitrag zur Weiterentwicklung der «unternehmerischen Universität», deren Entstehung Philippe Saner in seinem Beitrag (vgl. S. 6-9) am Fallbeispiel der Universität Bern nachzeichnet. Vom Diskurs um das «New Public Management» und den Reformen in den 1990er Jahren nachhaltig geprägt, stellen sich die Schweizer Universitäten heute als «kunden- und leistungsorientierte Dienstleistungsunternehmen» dar, die nicht mehr politisch, sondern betriebswirtschaftlich geführt werden.

Die Verabschiedung einer politischen Steuerung ist jedoch nur ein Schein. Hinter diesem verbirgt sich eine spezifische Form von Politik: der Neoliberalismus. Seit mehr als zwanzig Jahren werden die Schweizer Universitäten neoliberal zugerichtet. In den Nachbarländern sieht es kaum anders anders aus. Für Deutschland diagnostiziert Alex Demirović eine «Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen» – so der Untertitel seiner neuen Buchpublikation (vgl. S. 15). Im Namen von Effizienz und Leistung wird zum einen die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten abgebaut, zum andern werden diese zu Orten, an denen Bildungserfahrungen nicht länger selbstverständlich sind. Die Herausbildung von Fähigkeiten «wie die der Offenheit für neue Fragen und Einsichten, der kritischen Reflexion auf eigene Überzeugungen und Annahmen» ist unter einem Primat der arbeitsmarktnahen Ausbildung an Hochschulen nicht gewährleistet.

Wie Thomas Ragni (S. 10-11) und Ernst Joss (S. 12) in ihren Beiträgen zeigen, sind die Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen vielfach prekär, die Konkurrenz untereinander wird härter, die Gefahr des Scheiterns höher. Nicht immer sind es die Besten, die die Ausleseprozesse bestehen und schliesslich eine Professur erringen. Die «Besten» brechen womöglich ihre Karriere bereits ab, bevor sie überhaupt begonnen hat. Sei es weil Industrie und Wirtschaft bessere Anstellungsbedingungen bieten oder weil eine wissenschaftliche Karriere mindestens so stark von Konformismus – der Anpassungsfähigkeit an autoritäre Lehrstuhlinhaber und an Forschungskonjunkturen – wie von der Qualität von Forschung und Lehre abhängt. Vorstösse, die dies ändern würden, sind nicht in Sicht. Wie Caspar Hirschi, Professor für Geschichte an der HSG, jüngst in einem Gastkommentar in der NZZ schrieb: «Unsere Unis sind Oligarchien, und Oligarchien sind weitgehend reformresistent.» (vgl. NZZ, 28.8.2015) Hochschulpolitisch diskutiert wird Anderes, etwa die Frage, ob Schweizer NachwuchswissenschaftlerInnen hinreichend gefördert werden, sich gegen Konkurrenz aus dem Ausland durchzusetzen. Wichtiger wäre es, die Kriterien zu überprüfen, nach der Stellen im Wissenschaftsbereich besetzt werden. Und die Strukturen der Universität infrage zu stellen. Dazu würde gehören, vermehrt feste Stellen für wissenschaftliche Mitarbeitende in Form von Assistenzprofessuren zu schaffen. Unter dem Gewande einer neuen «unternehmerischen Universität» lebt immer noch auch die alte «Ordinarienuniversität» weiter. Beide zusammen verhindern, dass die Universitäten zu emanzipatorischen Bildungsorten werden, an denen Entscheidungen demokratisch getroffen und Mindeststandards hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit durchgesetzt werden.



Johannes Gruber  
Redaktion vpod bildungspolitik



Gewerkschaftliche Forderungen nach sozialen und demokratischen Standards für die Akkreditierung von Hochschulen liessen sich bisher nicht durchsetzen.

# Akkreditierung: Qualitätssiegel oder Augenwischerei?

**Welche Kriterien liegen den neuen Akkreditierungsrichtlinien für Hochschulen zugrunde und welche Effekte zeitigen diese? Von Ute Klotz**

Der Schweizer Hochschulrat hat am 28. Mai 2015 Akkreditierungsrichtlinien für universitäre Hochschulen, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen verabschiedet. Innerhalb der nächsten acht Jahre wird gemäss diesen die Qualität von Wissenschaft und Forschung an den Hochschulen überprüft werden. Für Hochschulangehörige, egal ob von privaten oder öffentlich-rechtlichen Hochschulen, ist es wichtig zu wissen, dass die Akkreditierung ihrer Hochschule auch eine hohe Qualität von Wissenschaft und Forschung bescheinigt.

Hinsichtlich der Finanzierung dient die institutionelle Akkreditierung der öffentlich-rechtlichen Hochschulen zudem als Voraussetzung dafür, dass sie Bundesbeiträge erhalten und eine Programmakkreditierung<sup>1</sup> durchführen können. Die mit der Planung und Durchführung der institutionellen Akkreditierung beauftragte Organisation ist die Schweizerische Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung (aaq, früher: OAQ). Diejenigen Schweizer Universitäten und

Fachhochschulen, die nach dem Universitätsförderungsgesetz vom 8. Oktober 1994 (UFG) oder nach dem Fachhochschulgesetz vom 6. Oktober 1995 (FHSG) als beitragsberechtigter anerkannt (Art. 75 Abs. 2 HFKG) wurden, werden ohne Prüfung zur jetzigen Akkreditierung zugelassen werden und müssen sich somit fast 20 Jahre später (!) erneut einer institutionellen Akkreditierung stellen.<sup>2</sup>

## Welche Kriterien braucht es?

Gemäss Artikel 6 der Akkreditierungsrichtlinien werden die Hochschulen akkreditiert, sofern die Qualitätsstandards entsprechend Artikel 22 erfüllt sind. Die Qualitätsstandards sind in fünf Bereiche aufgeteilt: (1) Qualitätssicherungsstrategie; (2) Governance; (3) Lehre, Forschung und Dienstleistungen; (4) Ressourcen; (5) Interne und externe Kommunikation.

Aus gewerkschaftlicher Sicht war man der Meinung, dass neben den betriebswirtschaftlichen und fachlichen Kriterien mittlerweile auch soziale Kriterien nötig seien, um der

Situation und den Wünschen der Hochschulangehörigen nach mehr Mitbestimmung, Transparenz und Qualität gerecht zu werden. Es wird sich letztendlich auch in der Realität zeigen, ob es weitere Kriterien in den Akkreditierungsrichtlinien braucht oder ob die bisherigen ausreichen.

## Mitwirkung oder Mitbestimmung?

Hier ein paar ausgewählte Beispiele. So heisst es im Anhang 1 (Art. 22 Abs.1) der Akkreditierungsrichtlinien, beim 2. Bereich Governance, Nr. 2.3: «[...] [dass] die repräsentativen Gruppen der Hochschule [...] ein angemessenes Mitwirkungsrecht haben und über Rahmenbedingungen verfügen, die ihnen ein unabhängiges Funktionieren ermöglichen.» Zu betonen ist, dass hier von «Mitwirkung» und nicht von «Mitbestimmung» gesprochen wird. Für viele aktive Hochschulangehörige ist die Mitwirkung oftmals ermüdend und sinnlos, da diese nie über eine Vernehmlassungsantwort, ein Informationsschreiben

oder eine nachträgliche Erklärung einer Entscheidung seitens der Hochschulleitung hinausgeht. Mitbestimmung im Sinne von Mitentscheiden und zusammen die Verantwortung tragen, sieht anders aus. Auch die Rahmenbedingungen sind wichtig. Wenn die Mitwirkungsrechte wahrgenommen werden sollen, muss den Hochschulangehörigen genügend Zeit und auch die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Wenn Mitwirkung so aussieht, dass in kurzer Reihenfolge während dem Semester oder während der Prüfungszeit mehrere zeitintensive Vernehmlassungen stattfinden, bei denen die Ausarbeitung der Vernehmlassungsantwort in der Freizeit erfolgt, dann fragt man sich, was wohl die eigentliche Absicht ist.

Im Teil D, bei den Erläuterungen zu den Qualitätsstandards (S. 36), heisst es zu diesem Punkt, dass unter anderem die folgenden Aspekte geprüft werden: tatsächlicher Einfluss der Vertreterinnen und Vertreter, Transparenz der Informationen, Zuweisung der Verantwortlichkeiten, Rahmenbedingungen sowie Art und Funktionsweise, die diese gewährleisten, sowie verfügbare Ressourcen.

### Wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit

Im Anhang 1 (Art. 22 Abs.1) der Akkreditierungsrichtlinien, beim 2. Bereich Governance, Nr. 2.4 heisst es: «Die Hochschule [...] berücksichtigt, dass die Aufgaben im Einklang mit einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung erfüllt werden.»

Da sich die Hochschulen immer mehr Richtung unternehmerische Hochschule entwickelt haben, sind viele Leistungsindikatoren entstanden, die sicher das Kriterium einer wirtschaftlichen Entwicklung und vielleicht das einer ökologisch nachhaltigen erfüllen, aber sicher nicht das einer sozialen. Aus Sicht der Dozierenden und Wissenschaftlichen Mitarbeitenden stellen sich seit Jahren die gleichen Fragen: Inwiefern ist eine soziale Entwicklung der Hochschule möglich, wenn die Mitarbeitenden nur einen Teil der geleisteten Arbeit bezahlt bekommen, wenn sie unter permanentem Akquisedruck von Drittmitteln oder dem Aufbau von neuen Studienangeboten stehen, um damit ihre Anstellung zu rechtfertigen, wenn die Anzahl der Ratsuchenden bei der Psychologischen Beratungsstelle steigt, wenn Mobbing und Bossing zur Tagesordnung gehören, wenn die Burnout-Quote die 5-Prozent-Marke übersteigt und wenn keine

fachliche Entwicklung möglich und gewollt ist? Grundsätzlich stellt sich hier die Frage, welche Kriterien für eine soziale Entwicklung der Hochschulen herangezogen werden.

Im Teil D, bei den Erläuterungen zu den Qualitätsstandards heisst es zu diesem Punkt (S. 37), dass die soziale Nachhaltigkeit folgende Elemente enthalten kann: Stellenwert der Sozialpartnerschaft im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen und dem Arbeitsklima; Berücksichtigung der mittel- und langfristigen Bedürfnisse auf allen Hierarchieebenen (zum Beispiel Nachwuchs) in der Personalentwicklungspolitik; Transparenz und Gerechtigkeit in der Lohnpolitik und in der Politik für die soziale Sicherheit, einschliesslich der extern vergebenen Aufgaben; sowie Gesundheit und Sicherheit für alle.

### Transparenz der Ressourcenverwendung

Die Ressourcen werden im 4. Bereich unter Nr. 4.1 im Anhang 1 (Art. 22 Abs.1) der Akkreditierungsrichtlinien näher beschrieben. Dort heisst es: «[...] Mit ihrem Träger gewährleistet die Hochschule [...] die personellen Ressourcen, die Infrastrukturen und die finanziellen Mittel, um ihren Fortbestand zu sichern und ihre strategischen Ziele zu erreichen. Die Herkunft und die Verwendung der finanziellen Mittel und die Finanzierungsbedingungen sind transparent.»

Hier wird ein Teil der seit langem gewünschten Transparenz seitens der Hochschulangehörigen hinsichtlich der Finanzierung berücksichtigt. Die Frage ist, wie weit die Transparenz tatsächlich geht: wer wird – und wie detailliert – informiert. Wissen die Hochschulangehörigen anschliessend, wer welche finanziellen Mittel für welche Aufgaben bekommen hat, ob vielleicht zwei Personen für die gleiche Arbeit unterschiedlich entschädigt wurden oder wie viel die Direktionsmitglieder verdienen? In einer Vernehmlassungsantwort wurde zudem noch der Wunsch geäussert, eine Bestimmung bezüglich Transparenz beim Rekrutierungsverfahren aufzunehmen. Diese Forderung ist berechtigt, hat sich doch in den letzten Jahren gezeigt, dass beim Rekrutieren von Personal verantwortliche Personen nicht zwischen Freund und zukünftigem Mitarbeiter zu unterscheiden wussten.

Im Teil D, bei den Erläuterungen zu den Qualitätsstandards heisst es zu diesem Punkt (S. 44), dass die Evaluation der Qualifikation des Personals sich auch auf die Rekrutie-

rungs-, Selektions- und Beförderungsverfahren sowie für das akademische Personal auf die didaktischen und wissenschaftlichen Kompetenzen bezieht. Auf diese Weise soll auch die Evaluation die Transparenz der Prozesse voranbringen.

### Akkreditierungsverfahren

Im Dokument «Institutionelle Akkreditierung – Leitfaden und Dokumentation»<sup>3</sup> wird unter anderem der Ablauf der Institutionellen Akkreditierung beschrieben (Verfahrensschritte, Kap. 1.2), die Typen der Hochschulen (Teil B), die Akkreditierungsrichtlinien (Teil C), die Erläuterungen zu den Qualitätsstandards (Teil D) und der Verhaltenscodex (Teil E). So heisst es dort, dass die direkten Kosten des Verfahrens (Kap. 1.3) für öffentliche Hochschulen mit einem Betrag von 32000 Franken veranschlagt werden, die Kosten der Selbstbeurteilung (Selbstbeurteilungsbericht) müssen die Hochschulen selbst tragen. In den hochschulinternen Prozess der Selbstbeurteilung sollen die Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten Gruppen der Hochschule (Kap. 3.1) integriert werden. Dazu gehören unter anderem die Dozierenden und die Wissenschaftlichen Mitarbeitenden. Interessant ist, dass in der externen Gutachtergruppe, die auch eine Vor-Ort-Visite macht, ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden kommen muss (Kap. 3.2.1). Und bei diesem Besuch soll die Gutachtergruppe auf die Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten Gruppen der Hochschule treffen (Kap. 3.2.3). Dass ein Verhaltenscodex (Teil E) formuliert wurde, ist absolut notwendig. Man erwartet von den externen Gutachtern (S. 47), dass sie vorbereitet sind, und von den Vertreterinnen und Vertretern der Hochschule erwartet man, dass sie höflich und kooperativ sind, klar und konstruktiv antworten, und andere Gesprächsteilnehmende sich äussern lassen. Die Frage ist aber, wie eine Nichteinhaltung dieses Verhaltenscodexes sanktioniert wird.

Der Akkreditierungsrat trifft seine Entscheidung aufgrund des Akkreditierungsantrags der Agentur, des Selbstbeurteilungsberichts, des Berichts der Gutachtergruppe und der Stellungnahme der Hochschule. Wer mit den Entscheidungen des Akkreditierungsrates nicht einverstanden ist, kann bei der Kommission für Wiedererwägungsgesuche vorstellig werden. Diese verfasst daraufhin eine Stellungnahme. Die endgültige Entscheidung trifft aber wiederum der Akkreditierungsrat. ■

#### Quellenverzeichnis

Medienmitteilung der SHK zu den Akkreditierungsrichtlinien:  
<http://www.shk.ch/medienmitteilungen.html>  
 Institutionelle Akkreditierung – Leitfaden und Dokumentation:  
[http://aaq.ch/download/akkreditierung\\_alle%20institutionelle\\_akkreditierung/AAQ\\_InstAkk-2015\\_DE.pdf](http://aaq.ch/download/akkreditierung_alle%20institutionelle_akkreditierung/AAQ_InstAkk-2015_DE.pdf)


Teilnehmerliste des Hochschulrats:  
[http://www.shk.ch/pdf/teilnehmerlisten/HSR\\_Teilnehmerliste\\_05-d.pdf](http://www.shk.ch/pdf/teilnehmerlisten/HSR_Teilnehmerliste_05-d.pdf)  
 Teilnehmerliste des Akkreditierungsrats:  
<http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/38503.pdf>  
 Schweizerische Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung: <http://aaq.ch/de/>  
 Kommission für Wiedererwägung: <http://aaq.ch/de/die-aaq/organisation/>

<sup>1</sup> Gegenstand der Programmakkreditierung sind Bachelor- und Masterstudiengänge.

<sup>2</sup> Aus Sicht der Gewerkschaften, Berufsverbände und Hochschulangehörigen sind die Akkreditierungsrichtlinien und der neu geschaffene und politisch neutrale Akkreditierungsrat sowie seine Zusammensetzung von Anfang an ein wichtiger Punkt gewesen. Der Akkreditierungsrat besteht insgesamt aus 18 Mitgliedern, welche bis zum 31. Dezember 2018 gewählt sind. Wer von diesen 18 Mitgliedern welche

Interessengruppe vertritt, ist auf der Webseite, die gerade im Aufbau ist, noch nicht ersichtlich.

<sup>3</sup> Gegenstand der institutionellen Akkreditierung ist das Qualitätssicherungssystem der Hochschulen, mit dem sie die Qualität ihrer Lehre, Forschung und Dienstleistungen gewährleisten. (aaq, 2015. Institutionelle Akkreditierung – Leitfaden und Dokumentation, S. 4.)



Eine neue Studie widmet sich dem Wandel der Hochschulsteuerung in den letzten zwanzig Jahren am Fallbeispiel der Universität Bern.

# Verwaltete Wissenschaft im Zeitalter der unternehmerischen Universität

**Die Schweizer Universitäten befinden sich im Übergang von einer Steuerung durch die Verwaltung nach rechtlichen Vorgaben hin zu einem Kennziffernregime. Damit werden Konstruktionen einer «neuen Universität» wirkmächtig. Von Philippe Saner**

Seit den wirtschaftlichen Krisen der 1970er-Jahre werden auch staatliche Institutionen vermehrt nach Kosten- und Effizienzaspekten beurteilt und sogenannten «Aufgabenüberprüfungen» oder «Effizienzsteigerungsprogrammen» unterworfen. In den 1990er-Jahren kulminierte diese Entwicklung unter der Losung «New Public Management» (NPM): seitdem werden von diesem Amtsstellen, Spitäler, Schulen und Universitäten erfasst. Mit Hilfe der wissenssoziologischen Diskursanalyse (vgl. Keller 2008) kann am Beispiel der Universität Bern exemplarisch aufgezeigt werden, wie die Neu-

ordnung der staatlichen Steuerung diskursiv vor sich ging.

Das Operieren mit Begriffen wie «Reform» oder «Krise» stellt eine Technik «neoliberaler Gouvernamentalität» im Sinne Michel Foucaults dar (vgl. Foucault 2004): Krisen sind nicht einfach da, sie müssen selbst zuallererst diskursiv ausgerufen und etabliert werden. Um die staatliche Steuerung grundlegend zu verändern, ihre totale Neu-Aufstellung zu lancieren, ist überdies ein gemeinsames Krisenverständnis, ein eigentlicher Konsens in der Diagnose über die Krise erforderlich. Die diesem Essay zugrundeliegende Forschungsar-

beit «Verwaltete Wissenschaft. Universitätsmanagement am Fallbeispiel Bern»<sup>1</sup> nahm die diagnostizierte Krise am Fallbeispiel der Universität Bern als Ausgangspunkt für eine Untersuchung. Für diese ist auch das politische Umfeld von Bedeutung, in welchem die Reformen stattfanden.

## «Kulturrevolution in der Verwaltung»: New Public Management

Die wirtschaftliche Stagnation der 1970er-Jahre führte zu lange nicht mehr gekannten Phänomenen in der Schweiz: Eine hohe Ar-



setzten sich diejenigen Kräfte endgültig durch, welche eine Reform der Verwaltung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien forderten: nun diktierten diese eine rigorose Sparpolitik. Den neuen Reformer\_innen galten die Restrukturierungsprogramme der früheren Jahrzehnte jedoch weitgehend als gescheitert. Widerstände in der Verwaltung, der Beamt\_innenstatus sowie eine zu starke Orientierung am rechnerischen Einsparungspotenzial führten sie als Gründe für das Misslingen bisheriger Sparprogramme an. Es war das Umfeld rund um den ehemaligen St. Galler Professor und Zürcher Regierungsrat Ernst Buschor, welches mit seiner Helvetischen Version des NPM – der «wirkungsorientierten Verwaltungsführung» – den Reformdiskurs anführte und eine regelrechte «Kulturrevolution in der Verwaltung» ankündigte. Fortan sollten die Reformen nicht nur auf die Verwaltung beschränkt bleiben: Eine Neuordnung des gesamten politisch-administrativen Systems wurde angestrebt. Gegenüber bisherigen linearen Ausgabenkürzungen ohne entsprechende Strukturveränderungen sollte eine «Umwandlung der Verwaltung als staatlicher Vollzugsapparat in ein *kunden- und leistungsorientiertes Dienstleistungsunternehmen*» (Schedler 1995, 19; kursiv im Original) stattfinden.

Wie jedoch gelang es den Reformer\_innen, kritische Einwände zu unterbinden und allenthalben Konsens herzustellen? Steigende Budgetdefizite und die hohe Verschuldung reichten dazu nicht aus, da als politisches Mittel gerade nicht die früher praktizierte Kahlschlagstrategie eingesetzt wurde. Durch die systematische Unterfinanzierung staatlicher Institutionen konnten angesichts zunehmender und neuer Aufgaben «Handlungsdruck» und «Reformstau» geortet und eine «effiziente» und «leistungsorientierte» Verwaltung als Lösung präsentiert werden. Insbesondere der Sozialdemokratie, die in den 1980er-Jahren den damaligen Reforminstrumenten noch kritisch bis ablehnend gegenüber stand, schien eine Steuerung durch Kennziffern und Leistungsaufträge das wirksamste Mittel gegen einen unkontrollierbaren Leistungsabbau im öffentlichen Sektor. Durch diese vermeintliche Entpolitisierung des Verwaltungshandelns übertrugen die Reformer\_innen die Definitionsmacht staatlicher Aufgabenerfüllung von parlamentarischen, demokratischen Instanzen auf externe Berater\_innen und die betriebswirtschaftliche Finanzkontrolle. Die rechtliche Steuerung des Verwaltungshandelns wurde durch eine Steuerung durch Kennziffern, der sogenannten «Governance by Numbers» (Heintz 2008), abgelöst.

Die enge Verzahnung von Betriebswirtschaft, Politik und externen Beratungsunternehmen beförderte die Entstehung und Durchsetzung von Reformprojekten. Konsens

kam auch insofern zustande, indem Widerspruch als «konservativ, rückständig und unproduktiv» (Maeder 2001, 301) gebrandmarkt und systematisch sozialwissenschaftliche Evidenz zur Effizienz von Verwaltungshandeln ausgeblendet wurde. Obwohl heutzutage wieder Sparprogramme mit linearen Kürzungen vorgezogen werden, hat sich das NPM-Gedankengut in den staatlichen Institutionen wie auch im politisch-gesellschaftlichen Diskurs etabliert und wird von Beratungsbüros und universitären Kompetenzzentren weiterbetrieben.

**«Durch diese vermeintliche Entpolitisierung des Verwaltungshandelns übertrugen die Reformer\_innen die Definitionsmacht staatlicher Aufgabenerfüllung von parlamentarischen, demokratischen Instanzen auf externe Berater\_innen und die betriebswirtschaftliche Finanzkontrolle.»**

#### **Krise und Reform: «Geburt der neuen Universität»**

Die Begriffe «Krise» sowie «Reform» sind zentral für den hochschulpolitischen Diskurs der Universität Bern ab Ende der 1980er-Jahre. Es häufen sich die Diagnosen von «gewissen Problemkreisen» und zunehmend werden Fragen nach den «Strategien einer gesellschaftsgerechten Wandlung der Universität» gestellt. Die Erfüllung jener fundamentalen Aufgabe der Universität – der «Forschung im Sinne der Wahrheitsfindung» –, so schreibt etwa der Rektor der Universität 1989, «[...] sei nur in einem Umfeld mit sehr viel Freiheit möglich. Wo Misstrauen und Kontrolle vorherrschen, kann fruchtbare Forschung nicht stattfinden».

Im darauf folgenden Jahr 1990 werden dann die Bezüge und Forderungen des Rektors hinsichtlich mehr «Freiheit» konkreter: So könnten etwa nur mehr 20 Prozent der schweizerischen Forschungsleistung durch die öffentliche Hand finanziert werden, der grösste Teil müsse über Drittmittel und

beitslosigkeit, die nur durch die Ausweisung von Gastarbeiter\_innen<sup>2</sup> und den Rückzug der Frauen aus dem Arbeitsmarkt kompensiert werden konnte, hohe Inflationsraten und ein Übergang von Budgetüberschüssen zu Haushaltsdefiziten. Im Einklang mit Entwicklungen in Grossbritannien und den USA verschaffte dieses sozioökonomische Umfeld jenen Kräften Aufschwung, welche eine Eindämmung und Überprüfung aller Staatsaufgaben forderten. So reagierten etwa die eidgenössischen Räte mit einem vollständigen Personaleinstellungsstopp ab 1974 auf den Einbruch der Konjunktur.

In den 1980er-Jahren verlagerte sich der Fokus auf die auf allen Staatsebenen anlaufenden Aufgabenüberprüfungen, Effizienzsteigerungsprogramme oder die «Gemeinkosten-Wertanalyse» der Unternehmensberatungsfirma McKinsey. Durch das Engagement externer Beratungsunternehmen kam betriebswirtschaftliche Expertise in die Verwaltungsstellen. Ziel waren effizientere Führungsstrukturen sowie Kostensenkungsmassnahmen.

Durch die erneute Wirtschaftskrise in den 1990er-Jahren und die Verdoppelung der Staatsschulden innerhalb weniger Jahre

von der privaten Industrie getragen werden. Durch Mittelverknappung, zunehmende Studierendenzahlen sowie die Unbeweglichkeit der Fakultäten stellten sich ernsthafte Probleme. Zur Lösung dieser universitären Probleme werden nun eine «notwendige Autonomie» und «unternehmerische Freiheit» in den Diskurs eingeführt.

Am Dies academicus 1993 kündigt der Erziehungsdirektor die Ausarbeitung einer neuen Hochschulgesetzgebung an: Er verlangt von der Universität, Rechenschaft abzulegen und den Bürger\_innen verständlich zu machen, «was sie tut». Nicht zuletzt solche Forderungen stehen symptomatisch für jene Jahre, in welchen das Öffentlichkeitsprinzip alle Sphären des Staates zu durchdringen beginnt. Dies jedoch stürzt eine disziplinar ausdifferenzierte Universität per se in ein Dilemma: Zu fragmentiert wäre das dadurch entstehende Bild der Institution als einer «organized anarchy». Entsprechend folgt die Devise bei Fuss, die Universität müsse «Ziele und Prioritäten» definieren und anstreben, bedingt durch die «Zeiten, in denen die finanziellen Mittel überal äusserst knapp bemessen sind». Nur operationalisierbare, mess- und letztlich vergleichbare Ziele und Prioritäten erlauben Rechenschaft und (allenfalls) Verständnis in der Bevölkerung – die Anrufung eines gemeinsamen «Geistes» durch den Regierungsrat reicht dazu nicht (mehr) aus.

Im Bericht zur Staatsrechnung 1994 hält die Finanzkommission des Berner Grossen Rates fest, der Kanton könne sich die heutigen Aufwendungen für die Universität nicht mehr leisten. Die Beinahe-Pleite der Kantonbank und die Misswirtschaft bei der Lehrerinnen- und Lehrer-Pensionskasse lassen die Schuldenlast rasant ansteigen. Die Krise ist nun endgültig da und wird von Bundesrätin Ruth Dreifuss in ihrer akademischen Rede – in Anspielung auf Max Imbodens Diagnose aus den 1960er Jahren – verallgemeinernd als «helvetisches Malaise» gefasst. Die Einladung der neugewählten Bundesrätin offenbart den Wunsch nach der rettenden Hand des Bundesstaates in Zeiten der Not. Steigende Anforderungen bei gleichbleibenden oder gar sinkenden Mitteln öffneten den (Spiel-)Raum für neue Lösungsansätze, so Dreifuss: Gesamtschweizerisch koordinierte, strategische Planungsempfehlungen, Verzichtsplanungen und Schwerpunktbildungen. Zudem begrüsst sie die Stärkung der Entscheidungskompetenz der Universitätsleitungen – die Reform des Berner Universitätsgesetzes weise in die richtige Richtung. Die Grenzen der einzelnen Universitäten sollen neu abgesteckt, die Profile gestärkt werden.

Der Rektor unterfüttert in ähnlichem Ton die markigen Worte der Bundesrätin und erkennt die anstehende Totalrevision des Universitätsgesetzes als betriebswirtschaftlichen

Ausweg aus der Krise. Die Unterstützung dafür reicht von den politischen Behörden des Kantons (Grosser Rat und Regierungsrat) bis zur Bundesrätin und quer durch alle politischen Parteien. Wer da noch Kritik wagt, hat entweder die Zeichen der Zeit – die vielbeschworenen «äusseren Rahmenbedingungen» – noch nicht erkannt oder kann durch den Verzicht auf Budgetkürzungen besänftigt werden.

### **«Die Diagnose der Krise hält jedoch über ein Jahrzehnt an. Überprüfungen, Reformen und deren Implementierung werden – wie Lehre und Forschung – zum Alltagsgeschäft, «Normalität» wird zur Projektionsfläche einer irgendwann einmal eintretenden Zukunft.»**

Die «Reform» ist folglich das Gegen-Mittel zur «Krise». Das total revidierte Universitätsgesetz, welches per 1. September 1997 in Kraft tritt, verwandelt die Universität Bern rechtlich von einer Abteilung der Erziehungsdirektion in eine autonome Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Im Gegensatz zur traditionellen staatlichen Steuerung geht die Reform weder mit zusätzlichen Finanzmitteln noch mit linearen Kürzungen des Budgets einher. Es wird aber mehr als nur der rechtliche Status geändert: Der Kanton steuert die Universität neu mittels Leistungsaufträgen und Globalbudgets – dazu muss eine autonome Organisation «Universität Bern» geschaffen werden. Die Konstruktion dieser «neuen Universität» erfolgt anhand der drei Kategorien Identität, Hierarchie und Rationalität. Sie erfolgt über betriebswirtschaftliche Instrumente wie «accountability» (Qualitätssicherung, Evaluationen und Akkreditierung), Zieldefinitionen (Visionen, Leitbilder und Strategien), der Ausarbeitung formaler Strukturen (Ausdifferenzierung der universitären Verwaltung) und der Praxis des universitären Managements.

### **Überprüfung der Aufgaben in Zeiten des Ausnahmezustands**

Auf Anregung der betriebswirtschaftlichen Finanzkontrolle entscheiden die politischen Behörden des Kantons Mitte der 1990er-Jahre «[...] das Angebot (der Universität) in den Bereichen Lehre, Forschung und Dienstleistung hinsichtlich Notwendigkeit (Sparsamkeit) und Kosten/Nutzen (Wirtschaftlichkeit)» von zwei externen Beratungsunternehmen analysieren zu lassen. Trotz gleichbleibenden Mitteln, so der Auftrag des Kantons, solle die Universität neue Wissensgebiete erschliessen; dazu bedarf es der Umlagerung von Mitteln sowie des Abbaus gewisser Aufgabefelder. Als Geburtshelfer stehen zwei durch internationale Grossunternehmen inspirierte Beratungsfirmen zur Seite.

Das Engagement externer Berater erstaunt nicht: Innerhalb der Universität ist mit erheblichem Widerstand zu rechnen. Durch die (Teil-)Auslagerung dieses Entscheids von politischer Seite her macht sich diese einerseits weniger angreifbar durch organisationsinterne Kritik, während sich andererseits die Berater durch Berufung auf betriebswirtschaftliche, international akzeptierte Instrumente gegen Kritik immunisieren können. Unter dem Schattenwurf von Effizienzsteigerung und Rationalisierung verschwindet folglich das Politische aus dem Diskurs. Der betriebswirtschaftliche Mythos naturalisiert den Entscheid, während er selbst als unschuldige Rede verbleibt.

Diverse Äusserungen von Rektor Schäublin verweisen jedoch darauf, dass die Universität den Bestrebungen zur Aufgabenüberprüfung nur auf politischen Druck hin nachgab. Er betont die konflikthaften Aushandlungsprozesse und verdeutlicht damit die politische Rolle des Beratungsprozesses – das vermeintlich verschwundene Politische tritt wieder zutage, auch wenn nun von «strategischen Segmenten» statt Disziplinen oder Professuren die Rede ist, welche auf- oder abgebaut werden sollen. Für die Universität bedeutet die Aufgabenüberprüfung in erster Linie Mehrarbeit und Zusatzbelastungen, die es in einem vertretbaren Rahmen zu halten gelte; die Prüfung müsse die Universität Bern «stärken», während die Erfüllung des Grundauftrages «selbst in ausserordentlichen Zeiten» keinerlei Abstriche dulde – «und irgendeinmal dürfte auch bei uns wieder Normalität einkehren», so Schäublin im Jahr 1995. Die Diagnose der Krise hält jedoch über ein Jahrzehnt an. Überprüfungen, Reformen und deren Implementierung werden – wie Lehre und Forschung – zum Alltagsgeschäft, «Normalität» wird zur Projektionsfläche einer irgendwann einmal eintretenden Zukunft. Stattdessen wird der Ausnahmezustand, so könnte man in Anlehnung an Giorgio Agamben (2004) konstatieren, zum Muster gegenwärtiger universitärer Befindlichkeit.



## Praktiken des Managements in der verwalteten Wissenschaft

Wer sich in der Universität Bern des frühen 21. Jahrhunderts (sei es als Student\_in oder Professor\_in, sei es als Projektmitarbeiter\_in oder als Verwaltungsangestellte\_r) bewegt, gerät unvermeidlich früher oder später mit den Praktiken des universitären Managements in Berührung. Wer nicht qua Funktion ECTS-Punkte, Räume oder Projekte managen muss, wird womöglich selbst zu einer zu managenden Einheit (v)erklärt (etwa als Kunde im Kundenmanagement, als Mitarbeiterin im Rahmen des Personalmanagements usw.). Aller Mythenbildungen zum Trotz hat dieser Zustand jedoch nichts Naturgegebenes an sich: Das universitäre Management als soziale Praxis wird durch bestimmte Akteur\_innen diskursiv konstruiert. Interessant ist unter anderem, dass der Begriff «Management» in Jahresberichten, Strategiepapieren und Leistungsaufträgen bis weit in die 2000er-Jahre nur selten auftaucht. Und bis heute scheint in der universitären Selbstbeschreibung die ungeschriebene Prämisse Bestand zu haben, dass «Universität» und «Management» nicht recht zusammen passen wollen.

Erstaunen löst die Tatsache aus, dass es rund 10 Jahre dauerte, bis die in den Reformen von 1997 zu Gesetzeskraft erhobenen Prämissen des NPM ihre konkret-materiale Gestalt gefunden haben und sich ein «universitäres Dispositiv» bildete, zu dem neben dem Universitätsgesetz die Universitätsverordnung, das Universitätsstatut, das Leitbild, die Mehrjahresplanungen, Strategiepapiere, diverse neue Reglemente sowie Leistungsaufträge und Globalbudgets zu zählen sind. Die effektive Umsetzung des NPM an der Universität Bern bedurfte letztlich nicht nur dieses juristischen und technisch-instrumentellen Dispositivs, sondern auch eines Human-Dispositivs. Die Ausdifferenzierung der universitären Verwaltung bringt eine eigentliche Planungs- und Kennziffernbürokratie hervor. Der Ausbau der Universität in den letzten zwei Jahrzehnten basiert – nebst dem starken Wachstum der Studierendenzahlen – auf einem überdurchschnittlichen Ausbau der Verwaltung: Während die Zahl der Professor\_innen von 1996 bis 2009 nur um 2,5 Prozent zunimmt, steigt die Zahl der Verwaltungsangestellten im selben Zeitraum

um 77 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass künftige Reformschritte stets die Interessen dieses neuen Human-Dispositivs zu berücksichtigen haben. Haupthindernis für Universitätsreformen dürften bald nicht mehr nur störrische Professor\_innen oder Studierende, sondern auch Verwaltungsangestellte sein. Oder wie der Historiker Hans-Ulrich Jost lakonisch dazu anmerkt: «Damit begann definitiv die Zeit der «verwalteten Wissenschaft» (Jost 2007, 156).

## Numerische und ikonische Differenz

Mit dem Übergang von einer direkten politischen Steuerung zu einer Selbst-Steuerung durch Leistungsaufträge, Kennziffern und das Management-Dispositiv kommt es auch zur Ablösung der rhetorischen durch eine ikonische Semantik. Hundertfünfzig Seiten lange Rechenschaftsberichte dienen der Rechtfertigung gegenüber einem Staat, der seine Institutionen kontrollieren will. Vierzigseitige Jahresberichte mit Leitsprüchen, Bildern und Statistiken hingegen richten sich an potenzielle Kund\_innen und Investor\_innen. Damit ist für Transparenz und Öffentlichkeit gesorgt, das Controlling besorgt die «neue Universität» über interne Märkte und Indikatorensteuerung gleich selbst. Dies lässt sich keineswegs ausschliesslich durch die enorm gestiegenen Möglichkeiten an visueller Datenverarbeitung erklären: Kommunikation mittels Zahlen, Statistiken und Bildern erhöht die Erfolgswahrscheinlichkeit einer Mitteilung. Quantifizierung und Visualisierung erleichtern durch ihre kommunikative Eigenwirkung die Herstellung von Akzeptanz und damit auch Konsens.

In ihrer Selbstbeschreibung betreibt die Universität eine eigentliche De-Lokalisierung, welche die Internationalisierungs- und Diversifizierungsbestrebungen verdeutlichen soll – ihre «Stakeholder» sitzen längst nicht mehr (nur) in Berner Amtsstuben. Ein Ebenbild finden diese Bestrebungen in der globalen Diffusion von universitären «Rankings» und «Ratings», welche zwar nicht für «strategische Überlegungen» der Universitätsleitung berücksichtigt würden, auf die aber trotzdem kommunikativ reagiert werden muss.

Was sich letztlich an der Universität Bern wie andernorts zeigt, ist die Abkoppelung

zweier unterschiedlicher Universitätswelten: Gemeint ist die Trennung in den eigentlichen «Wissenschaftsbereich» auf der einen Seite (Forschung und Lehre), und den «Führungs- und Administrationsbereich» auf der anderen Seite, der sich selbst als «die Universität» bezeichnet. Ein Blick auf die Organigramme heutiger Universitäten liefert optisch klare Antworten auf die Frage nach Hierarchien im Verhältnis der beiden.

Die Universität Bern hat eine Grösse und Heterogenität erreicht, dass jeder Versuch zur Etablierung eines Gefühls von Zusammengehörigkeit im Rahmen einer «corporate identity» unweigerlich scheitert. Was über Identität nicht gelingen kann, wird deshalb über Kennziffernsteuerung, Leistungsvergleiche, Märkte, inszenierte Wettbewerbe und einen ständig wachsenden Verwaltungskörper versucht: Um Ungleiches vergleichen zu können, muss – allen Versprechen auf qualitative Indikatoren zum Trotz – auf quantitative Vergleichsmassstäbe zurückgegriffen werden. Was als «unternehmerische Autonomie» in den Diskurs eingeführt wurde, entpuppt sich letztlich als Neuauflage jener überwunden geglaubten Planbürokratie, die alles und jede\_n zu erfassen, kategorisieren und visualisieren versucht. Daneben braucht es auch den politischen Willen, um dieses Ungleiche für den – schweizerischen wie internationalen – Standortwettbewerb zusammenzuhalten. Würden diese permanenten Vergleiche («Vergleichsdispositiv») sowie der politische Wille zum Zusammenhalt fehlen, drohte «die Universität» ständig auseinanderzufallen, sich zu verflüchtigen. Um der Diffusion und Auflösung vorzuzukommen, sind die genannten betriebswirtschaftlichen Instrumente und politischen Bekenntnisse von Rektor\_innen und Politiker\_innen unabdingbar, welche die Angehörigen unaufhörlich an die Existenz «ihrer Universität» erinnern sollen. ■

---

**Philippe Saner** ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter sowie Ko-Projektleiter von «Art.School. Differences: Researching Inequalities and Normativities in Higher Art Education» am «Institute for Art Education» der Zürcher Hochschule für Künste.

## Literatur

**Agamben, Giorgio 2004:** Ausnahmezustand. Homo sacer Band 2.1. Frankfurt am Main

**Foucault, Michel 2004 [1979]:** Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt am Main

**Heintz, Bettina 2008:** Governance by Numbers. Zum Zusammenhang von Quantifizierung und Globalisierung am Beispiel der Hochschulpolitik. In: Schuppert, Gunnar Folke / Vosskuhle, Andreas (Hg.): Governance von und durch Wissen. Baden-Baden, 110-128

**Jost, Hans-Ulrich 2007:** Sozialwissenschaften als Staatswissenschaften? In: Honegger, Claudia / Jost, Hans-Ulrich / Burten, Susanne / Jurt, Pascal: Konkurrierende Deutungen des Sozialen. Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft. Zürich, 81-182

**Keller, Reiner 2008:** Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden

**Maeder, Christoph 2001:** Bürger oder Kunde? Missratene Optionen des «New Public Management». In: Ders. / Brosziewski, Achim / Eberle, Thomas S. (Hg.): Moderne Zeiten: Reflexionen zur Multioptionsgesellschaft. Konstanz, 293-308

**Schedler, Kuno (1995):** Ansätze einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Von der Idee des New Public Managements (NPM) zum konkreten Gestaltungsmodell. Fallbeispiel Schweiz. Bern, Stuttgart, Wien

1 Online publiziert unter: [http://www.soz.unibe.ch/content/publikationen\\_forschung/schriftenreihe\\_kultursoziologie/philippe\\_saner/index\\_ger.html](http://www.soz.unibe.ch/content/publikationen_forschung/schriftenreihe_kultursoziologie/philippe_saner/index_ger.html)

2 Die Schreibweise mit Unterstrich (\_innen), die den Lesefluss unterbricht, ist gegen die binäre, auf männlich und weiblich festgelegte Ordnung der Geschlechter gerichtet. Der Unterstrich erzeugt einen symbolischen Freiraum, auch als «Gender GAP» bezeichnet, der auf Geschlechteridentitäten jenseits der Kategorie Mann/Frau verweist.



# Mit dem Sparen steigt die Konkurrenz

**Analysen zur Lage und Karriereperspektive des Mittelbaus an den Schweizer Universitäten im langfristigen Trend. Von Thomas Ragni**

**A**us linker und gewerkschaftlicher Perspektive sind hochschulpolitisch folgende drei Fragen von besonderem Interesse: 1. Haben sich in der Schweiz im langfristigen Trend die Chancen des universitären Mittelbaus generell verschlechtert, eine universitäre Karriere hinzulegen? 2. Haben sich die Chancen speziell des schweizerischen wissenschaftlichen Nachwuchses seit der Einführung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit (FZA) mit der EU 2002/03 verschlechtert, eine universitäre Spitzenposition zu erklimmen? 3. Haben sich im langfristigen Trend prekäre Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau der Universitäten allgemein ausgebreitet?

Statistische Indikatoren sind leider rar gesät, die über die Entwicklung der Lage und der Karriereperspektive des universitären Mittelbaus aussagekräftig sind. Mit den verfügbaren

Kennzahlen sind die hier interessierenden Fragen nur mit viel Interpretationsaufwand zu beantworten. Ich will das nachfolgend möglichst transparent nachzeichnen.

## Zunahme des Mittelbaus und der ausländischen Mitarbeitenden

Zwei ganz grobe Indikatoren, die über die beiden ersten Fragen Auskunft geben können, sind die langfristige Entwicklung der Prozentanteile des universitären Mittelbaus beziehungsweise der ausländischen Universitätsmitarbeitenden (aller Stufen):

Die relativen Anteile der ProfessorInnen sinken und jene des universitären Mittelbaus steigen, besonders deutlich jeweils in den Historischen- und Kulturwissenschaften (vgl. Abbildung 1). Die Karrierechancen des gesamten Mittelbaus werden mit der Zeit in allen Disziplinen immer geringer. Aus linker

Perspektive etwas heikler, weil leicht chauvinistisch (miss-?)zuerstehen, ist die Frage der Karrierechancen des schweizerischen wissenschaftlichen Nachwuchses (vgl. Abbildung 2).

Auch hier lässt sich scheinbar unbezweifelbar – nämlich statistisch objektiv und exakt – zeigen, dass in sämtlichen Disziplinen die relativen Anteile der ausländischen Universitätsmitarbeitenden ansteigen, besonders deutlich in den naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen. Der ausländische Konkurrenzdruck auf den schweizerischen universitären Nachwuchs nimmt trendmässig zu, und entsprechend werden seine Karrierechancen stetig kleiner. Allerdings ist mit jeder Kennzahl ein besonderer Blick verbunden. Werden andere Kennzahlen hinzugezogen, verrät dies eine andere Perspektive oder vermag dies sogar die Perspektive zu verändern.

Zunächst erstaunt, dass die Einführung der Personenfreizügigkeit (FZA) mit der EU ab 2002/03 überhaupt keine Spuren in den bisher betrachteten Zeitreihen hinterlassen hat; die Trendanstiege in Abbildung 2 sind zum Beispiel bereits seit 1987 zu beobachten. Um eine veränderte Blickrichtung einzunehmen, genügt es bereits, die entsprechenden Entwicklungen der absoluten Zahlen zu betrachten (vgl. Abbildungen 3 und 4).

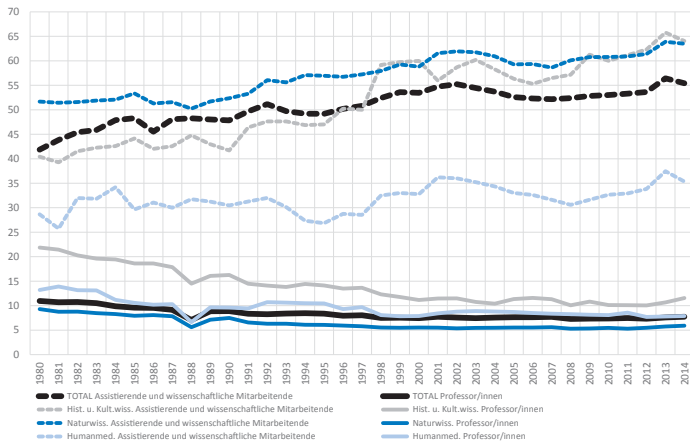
Sowohl die absolute Zahl der ProfessorInnen als auch die absolute Zahl der schweizerischen Universitätsmitarbeitenden hat in (fast) allen Disziplinen langfristig – schon lange vor Einführung des FZA – deutlich zugenommen. Einzige Ausnahme bilden die Naturwissenschaften, wo die Zahl der schweizerischen MitarbeiterInnen seit 1980 beinahe stagniert hat. Plötzlich erscheinen die geringeren Karrierechancen des universitären Mittelbaus insgesamt beziehungsweise der schweizerischen Universitätsmitarbeitenden in einem anderen Licht: Zwar ist für beide Gruppen zweifellos die Konkurrenz härter geworden, eine erfolgreiche Universitätskarriere zu realisieren, aber die «Fleischtöpfe» sind absolut betrachtet für sie nicht kleiner, sondern grösser geworden.

Naheliegender ist darum die Interpretation, dass es sich zumindest bei der Entwicklung der zunehmenden ausländischen Konkurrenz um die Folgen eines Flaschenhalsphänomens handelt: Ohne den beständigen Nettozustrom von hochqualifizierten Arbeitskräften wäre die Qualität der universitären Forschung und Lehre am Standort Schweiz gesunken. Einige Stellen hätten vielleicht gar nicht besetzt werden können, weil keine geeigneten Schweizer BewerberInnen hätten rekrutiert werden können.

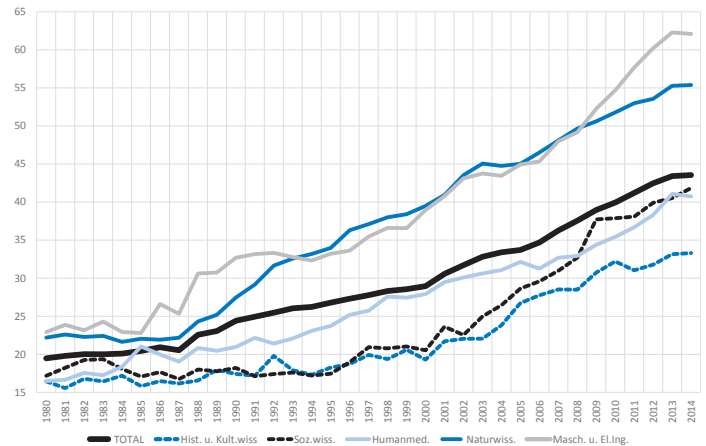
## Mit Selbstaubeutung im Konkurrenzkampf bestehen

Ganz anders als die Interpretation für den schweizerischen universitären Mittelbau muss die Interpretation für den universitären

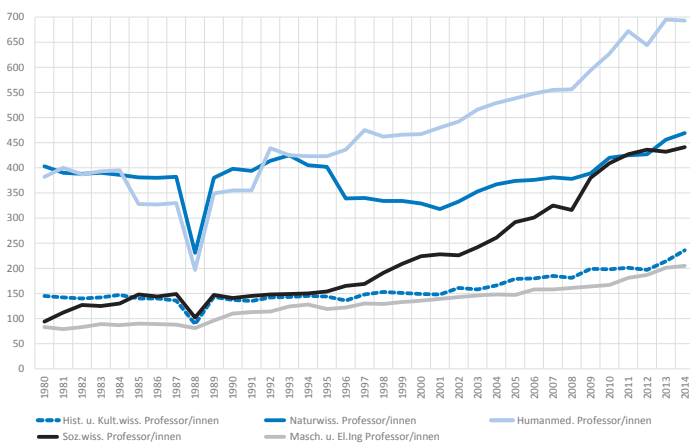
**1. Prozentanteile der ProfessorInnen und AssistentInnen / wissenschaftliche MitarbeiterInnen an sämtlichen Universitätsmitarbeitenden von 1980 bis 2014, total und je Disziplin (Auswahl).** Quelle: BFS; eigene Berechnung



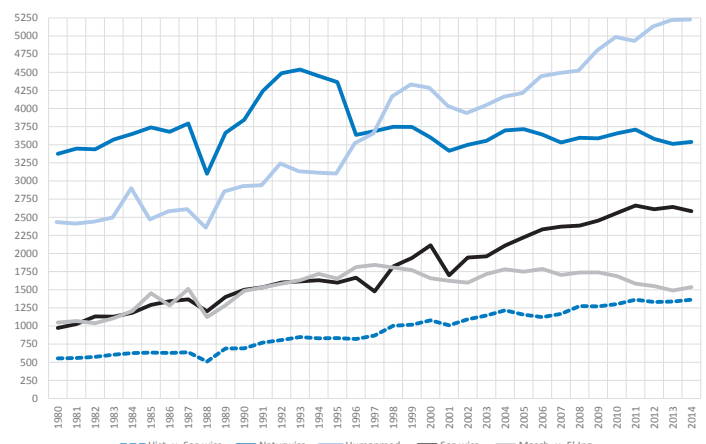
**2. Prozentanteile der ausländischen Universitätsmitarbeitenden von 1980 bis 2014, total und je Disziplin (Auswahl).** Quelle: BFS; eigene Berechnung



**3. Zahl der ProfessorInnen von 1980 bis 2014, total und je Disziplin (Auswahl).** Quelle: BFS; eigene Berechnung



**4. Zahl der schweizerischen Universitätsmitarbeitenden von 1980 bis 2014, total und je Disziplin (Auswahl).** Quelle: BFS; eigene Berechnung



Mittelbau insgesamt ausschauen: Dass seine Zahl deutlich überproportional angewachsen ist relativ zu den universitären Spitzenpositionen, hat sicher zu einem guten Teil mit den bürgerlichen «Sparbemühungen» im öffentlichen Sektor zu tun. Sie haben den Anteil prekärer – unsicherer und schlecht bezahlter – Beschäftigungsverhältnisse deutlich ansteigen lassen. Der universitäre Mittelbau lässt sich dies allerdings gefallen, das heisst er geht diese prekären Arbeitsvertragsverhältnisse wirklich – und nicht nur scheinbar – freiwillig ein. Denn bei sehr hoch qualifizierten Personen reflektiert eine prekäre Beschäftigung nicht faktische Alternativlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt, sondern eine selbstausbeuterische, individuell jedoch strikt rationale Strategie. Sie schöpft sich aus der Motivation, die Karrierechancen gegenüber der immer härter werdenden Konkurrenz zu maximieren. Klar muss aber sein, dass insgesamt betrachtet diese Art des sogenannten positionalen (oder Rang-) Wettbewerbs (Fred Hirsch) nichts zur Qua-

litätsverbesserung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre beiträgt, wie das die neoliberalen Bildungspolitiker gebetmühlerhaft behaupten. Denn der Rangwettbewerb setzt unvermeidlich ein Nullsummenspiel in Gang und führt im Extremfall zur «Winners-take-it-all»-Logik (Robert Frank), in welcher allein der Turniersieger die Siegesprämie einstreicht und alle anderen Turnierteilnehmer leer ausgehen. Diese Art des Wettbewerbs muss sich kontraproduktiv auswirken, weil sie flexibel zusammengesetzte Teambildungen erschwert, zu wissenschaftlich nutzlosen Profilierungsübungen anreizt und hierarchisch-strategisches Denken fördert. Wer einem wann und wie nützen könnte, welche Koalitionen klugerweise zu schmieden sind, wem man nach dem Mund reden sollte – all das verträgt sich weder mit der geistigen Unabhängigkeit des wissenschaftlichen Forschens noch mit echter Freundschaft, welche entscheidend zur Freude am Forschen und damit auch zu ihrer Produktivität beiträgt.

**Steigende Arbeitslosigkeit bei gebremster Zuwanderung?**

Nochmals das statistisch erhärtete Faktum festgehalten: Die Konkurrenzsituation insgesamt im universitären Mittelbau wird im langfristigen Trend härter, und auch die ausländische Konkurrenz wird zunehmend grösser – ganz unabhängig von der Einführung des FZA. Beides kann sich nicht nur darin niederschlagen, dass Bewerberinnen und Bewerber für Karrierejobs immer häufiger abgelehnt werden, sondern kann sich auch darin äussern, dass bei gehemmter und verzögerter Immigration ausländischer hochqualifizierter Personen der sogenannte Mismatch gleichwohl weiter zunimmt (das heisst die Unvereinbarkeit zwischen Jobanforderungen und verfügbaren Jobkompetenzen, bildlich gesprochen: dass sich der Flaschenhals weiter verengt). Beides kann zu ansteigender Arbeitslosigkeit auch unter (schweizerischen) Hochqualifizierten führen. ■

# Prekärer Karriereverlauf

Eine Nachfrage bei jungen NaturwissenschaftlerInnen aus dem persönlichen Umfeld verdeutlicht, aus welchen Gründen diese aus dem Wissenschaftsbetrieb ausstiegen. Von Ernst Joss



Eine klassische wissenschaftliche Karriere beginnt nach dem Studium mit einer Dissertation. Im naturwissenschaftlichen Bereich sind dafür vier bis sechs Jahre veranschlagt. In der Schweiz ist die Besoldung der Doktorierenden auf einer Qualifikationsstelle im internationalen Rahmen relativ grosszügig bemessen, auch wenn diese lediglich knapp über dem Mindestlohn des Detailhandels verdienen. Anschliessend folgt mindestens ein Aufenthalt als Postdoc im Ausland von jeweils zwei bis fünf Jahren Dauer, oft mit mehreren Wohnortwechseln. Dies in einem Alter, wenn andere eine Familie gründen und eventuell eine Wohnung kaufen. Für Personen in einer festen Beziehung oder mit Kindern ist ein längerer Auslandsaufenthalt besonders herausfordernd und schreckt viele ab. Für den Auslandsaufenthalt stehen unter anderem Stipendien des Schweizer Nationalfonds (SNF) zur Verfügung. Dies eher grosszügig: der SNF gab 2014 44.6 Millionen Franken für Postdocstipendien aus – auch für Personen, die erst für die Dissertation in die Schweiz kamen und diese wieder verlassen.

## Prekarisierte Stellen

Die ersten Schritte einer wissenschaftlichen Karriere sind relativ einfach zu absolvieren. Oft stellen sich Probleme erst anschliessend. In der Schweiz gibt es Stipendien, mit welchen man begabte Leute zurückholen will, die sich in anderen Ländern wissenschaftlich etabliert haben. Diese Stipendien sind wiederum zeitlich befristet. Das Gleiche gilt für Förderprofessuren, für welche der Nationalfonds 77.5 Millionen Franken (Gehälter und For-

schungsaufwendungen) ausgibt und welche nach vier bis sechs Jahren ablaufen – ohne Garantie für eine feste Anstellung.

Grundsätzlich stellt sich hier das Problem der wenigen Dauerstellen an unseren Hochschulen. An der ETH steht normalerweise pro Professorin eine Festanstellung für nur einen Oberassistenten zur Verfügung. Dies bedeutet, dass der Wissenschaftler entweder Professor wird oder den Wissenschaftsbetrieb oder das Land nach 6 Jahren als Postdoc oder Oberassistent verlassen muss. Festangestellte sollten zudem nicht mehr als 10 Jahre jünger als die Professorin sein, da nach deren Pensionierung der neue Stelleninhaber die Forschungsrichtung neu ausrichtet – dies führt nicht selten zu Schwierigkeiten. Temporäre Stellen

haben mannigfaltige Nachteile. Durch diese geht an den Hochschulen viel Wissen verloren. Wissen, welches von neuen Mitarbeitenden wieder neu erworben werden muss. Diese sind zudem einer langfristigen Unsicherheit ausgesetzt, sodass in einem Land mit hohem Lebensstandard wie der Schweiz auch für begabte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Versuchung gross ist, sich gar nicht auf eine wissenschaftliche Karriere einzulassen. Für viele angehende Forschende aus andern Ländern ist dies anders. Der Lohn einer Temporärstelle an einer Schweizer Universität ist für diese oftmals attraktiv. Dies führt dann dazu, dass sich die begabten Schweizerinnen und Schweizer eher von einer wissenschaftlichen Karriere abwenden und wir zunehmend nur noch Leute aus andern Ländern finden und diese abwerben.

Ein Blick nach Frankreich zeigt, dass es dort viel mehr unbefristete Stellen gibt und dass dort bei Bewerbungen die Absolvierenden einer französischen Hochschule bevorzugt werden – im Gegensatz zur Praxis in der Schweiz. Ein klarer Nachteil für unsere einheimischen WissenschaftlerInnen.

## Wie selektionieren?

Die von mir interviewten NaturwissenschaftlerInnen kritisierten auch das Selektionsverfahren. So sind die Gremien, welche über die Vergabe der Stipendien entscheiden sollen, sehr breit ausgerichtet. Bei SNF-Professuren ist es so etwa nicht garantiert, dass ExpertInnen für das jeweilige Spezialgebiet im Komitee sind, was unabhängig von der Qualität des Antrags dessen Beurteilung beeinflusst.

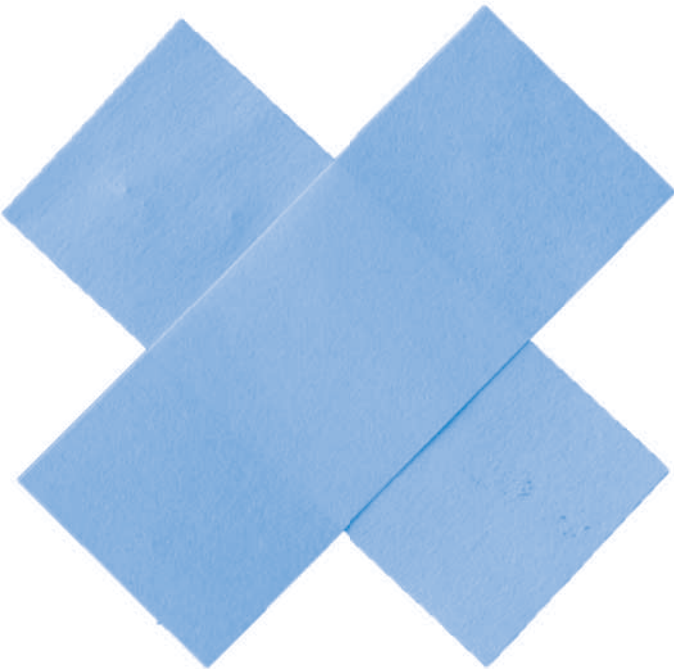
Hier stellt sich grundsätzlich die Frage der Selektionskriterien. Die Selektion basiert sehr stark auf den Publikationen. Dabei spielt die Zahl der Publikationen eine (zu) grosse Rolle. Neben der Zahl der Publikation ist auch das Renommee der jeweiligen Zeitschrift wichtig. Ausserdem hat sich teilweise auch der «Citationsindex» etabliert. Mit diesem wird gezählt, wie oft eine Arbeit zitiert wurde: Eine fragwürdige Methode, die zeigt, wie schwer man sich bei der Beurteilung der Qualität von wissenschaftlicher Arbeit tut.

Die Schweizer Hochschulen und insbesondere die beiden ETHs versuchen stets internationale «Topshots» anzustellen. Dies führt dann dazu, dass oft Professoren von andern Hochschulen abgeworben werden. Diesen Weg beschreiten auch Schweizer. Ein ETH-Absolvent, der nach einem Postdoc-Aufenthalt in den USA bei der Bewerbung für eine Assistenzprofessur an der ETH scheiterte, erhielt eine Assistenzprofessur am renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT). Damit war er auch für die ETH einer Professorenstelle würdig. Wenn wir jedoch nur jene anstellen, die schon im Ausland – insbesondere in den USA – Karriere machten, verlieren wir viele begabte Leute. Rückholstipendien können deshalb nur zur Schadensbegrenzung dienen. Wenn Professorenstellen für die Rückkehrwilligen bereit gehalten werden, führt dies dazu, dass man bei uns nicht Karriere machen kann, ohne die Schweiz bzw. Europa verlassen zu haben.

Wer sich auf eine wissenschaftliche Karriere einlässt, der muss damit rechnen, während längerer Zeit befristete Arbeitsverhältnisse einzugehen. Dies oft in wechselnden Ländern, zu einer sehr schlechten Bezahlung und häufig ohne Sozialversicherung. Alles mit der Unsicherheit vielleicht im Alter von 40 Jahren dann die Chance auf eine wissenschaftliche Laufbahn doch endgültig begraben zu müssen und ohne Erfahrung in Industrie und Wirtschaft eine Stelle suchen zu müssen.

## Wichtigste Folgerungen?

Unser Land gibt viel Geld aus, unsere Leute ins Ausland zu schicken. Aber es wird zu wenig Geld verwendet, um ihnen bei uns später eine Perspektive in Form einer Festanstellung zu bieten. Die wenigen Feststellen gehen zudem oft an Personen, welche im Ausland bereits Karriere machten. Statt Postdocstipendien fürs Ausland auszubauen, sollten mehr Feststellen an den Schweizer Hochschulen geschaffen werden, um den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern möglichst bald eine klare Perspektive zu geben. ■



Welche Auswirkungen haben mehr Mitbestimmungsrechte und neue Leitungsstrukturen an der Universität Zürich?

# Mehr Mitsprache des Personals

An der Universität Zürich finden Strukturreformen statt, die unter anderem die Mitbestimmungsrechte des administrativ-technischen Personals stärken sollen. **Von Hans Rudolf Schelling**

Die Universitäten haben nicht den Ruf, besonders demokratisch organisiert zu sein, auch wenn der Begriff der «akademischen Selbstverwaltung» solches suggerieren mag. Gemeint ist damit indessen nur die Selbstverwaltung der Professorenschaft – die in den letzten Jahren auch immer mehr in Frage gestellt wurde. Während an der Universität Zürich (UZH) immerhin die Studierenden und der Mittelbau ein gewisses Mitspracherecht in Gremien und Kommissionen in Anspruch nehmen können, blieb dem administrativen und technischen Personal (ATP) – das an der UZH rund 2700 Personen umfasst – bisher ein Mitsprache-, erst recht ein Mitbestimmungsrecht in den meisten Belangen verwehrt.

## Wahl der PersonalvertreterInnen in universitäre Kommissionen

Doch langsam kommt dank des langjährigen und unermüdlichen Engagements der Personalorganisationen VPOD und VIP (Verein des Infrastrukturpersonals) Bewegung in die Alma Mater: Im Rahmen der bestehenden Rechtsgrundlagen erhält das AT-Personal 2015 neben den bisherigen Vertretungen in der Personalkommission, in

der Erweiterten Universitätsleitung, im Senat, im Disziplinarausschuss, in der Kommission Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie in der Mensakommission neu Einsitz in der Gleichstellungskommission und in der Ethikkommission. Ausserdem wird jetzt die gesetzlich längst verankerte Vertretung des ATP in den Fakultätsversammlungen endlich umgesetzt.

Selbstverständlich kann von einer paritätischen Mitbestimmung – abgesehen von der Personalkommission, die allerdings als solche nur eine beratende Funktion hat – nicht die Rede sein, auch haben die ATP-VertreterInnen gerade in den Entscheidungsgremien Erweiterte Universitätsleitung und Senat kein Stimmrecht.

Dass grosse Teile des Personals dem aktuell gewährten Mitspracherecht nicht allzu viel Gewicht beimessen, zeigt sich in der geringen Wahlbeteiligung von 15 % in den im April 2015 durchgeführten Wahlen. Obwohl für alle gesamtuniversitären Kommissionen mehr Kandidierende als Sitze zur Verfügung standen, fand kein Wahlkampf statt. Für die Fakultätsversammlungen kandidierten höchstens so viele Personen, wie Sitze bestehen, in den meisten Fakultäten sogar weit

weniger, so dass alle Kandidierenden in stiller Wahl bestimmt wurden.

Das geringe Interesse ist sowohl auf die fehlende Machtposition dieser Ämter als auch auf das Wahlverfahren zurückzuführen, das eine Profilierung anhand von politischen Programmen verunmöglicht; es handelt sich um eine reine Personenwahl, in der jeweils die Personen mit den meisten Stimmen – bis die Sitze vergeben sind – als gewählt gelten. Alle überzähligen KandidatInnen werden in der Reihenfolge der Stimmzahl automatisch zu StellvertreterInnen. Die Wahlwerbung beschränkte sich auf ein kurzes Statement, das die Kandidierenden ihrem Personenprofil beifügen konnten.

Im Gegensatz zu den Wahlen 2013 – damals für noch weit weniger Ämter –, als VPOD-Mitglieder mit dominierenden Stimmzahlen die Hälfte aller Sitze belegen konnten, litt der VPOD dieses Mal an einem Mangel an KandidatInnen. Wer sich im Profil als VPOD-VertreterIn zu erkennen gab, wurde aber mit guten Stimmzahlen gewählt. Da der VPOD alle Personalgruppen – auch das akademische Personal – organisiert, bleibt er weiterhin etwa in der wichtigen Personalkommission gut repräsentiert. Gleichwohl wird sich die

VPOD-Gruppe um neue, aktive Mitglieder, die sich für Ämter zur Verfügung stellen, sowie um mehr Sichtbarkeit bemühen müssen.

## Reformen der universitären Strukturen

Im Sommer und Herbst 2014 legte die Universitätsleitung mehrere Entwürfe zu Neuregelungen vor, zu denen bis Januar 2015 jeweils Vernehmlassungsverfahren durchgeführt wurden. Die Vorlagen beziehen sich auf:

1. Richtlinien zum Umgang mit personenbezogenen Daten an der UZH
2. Neudefinition der Stände
3. Neue Regelung der Habilitation und der Ernennung zur Titularprofessorin oder zum Titularprofessor
4. Neue Struktur der Universitätsleitung
5. Neufassung der Erweiterten Universitätsleitung

Vorlage 1 entstand als Reaktion auf die Ereignisse rund um die «Affäre Mörgeli» am Medizinhistorischen Institut und Museum und sollte eine bessere Grundlage für den Umgang mit personenbezogenen Daten (sowohl seitens der Universitätsangestellten als auch der Universitätsleitung) bieten, die Vorlagen 2–5 sind Teile eines umfassenden Organisationsentwicklungsprojektes der UZH, in dem die Strukturierung der Universitätsangehörigen und der leitenden Organe neu geregelt werden sollte.

Der Vorstand der VPOD-Gruppe Universität diskutierte eingehend alle Texte intern und mit Vertreterinnen und Vertretern der Stände- und Personalorganisationen (Studierende, Mittelbau, PrivatdozentInnen, administratives und technisches Personal). In unseren Stellungnahmen wurden die Vorlagen sehr kritisch beleuchtet. Bezüglich des Umgangs mit personenbezogenen Daten, zu dem noch kein Vernehmlassungsbericht und keine überarbeitete Vorlage existiert, bemängelten wir insbesondere das Fehlen einer klaren Umschreibung, welche Personendaten als besonders schützenswert zu gelten haben und auf welcher Grundlage solche Daten etwa an die Staatsanwaltschaft ausgeliefert werden dürfen. Damit wurde die wichtigste Erwartung an eine Neuregelung, nämlich der Schutz der Universitätsangestellten vor ungerechtfertigtem Einblick etwa in den persönlichen E-Mail-Verkehr, bisher nicht erfüllt.

Der Entwurf der Universitätsleitung zur Neudefinition der Stände beinhaltete, dass neu vier «Stände» bestehen sollten: die Studierenden, der wissenschaftliche Nachwuchs, die wissenschaftlichen Mitarbeitenden und das administrative und technische Personal (ATP). Während die Anerkennung des ATP als Stand – mit Mitbestimmungsrechten – in der Vernehmlassung von allen Seiten begrüsst wurde und in den Vorschlag zur Revision des Universitätsgesetzes einfließen wird, soll dem ATP entgegen der Stellungnahme der

Personalorganisationen (inklusive VPOD) kein Einsitz in Berufungskommissionen garantiert werden; es bleibt lediglich eine Empfehlung der Universitätsleitung an die Fakultäten bestehen, dem ATP einen Gästestatus ohne Stimmrecht einzuräumen.

Die geplante Abschaffung der PrivatdozentInnen als Stand stiess insbesondere bei diesen selbst auf Widerstand. Auch eine Zugehörigkeit von Universitätsangehörigen zu mehreren Ständen soll nicht ermöglicht werden, selbst wenn gleichzeitig mehrere Funktionen bestehen; auch in dieser Sache konnten sich die Personalorganisationen nicht durchsetzen.

**«Von den hochtrabenden, aber teilweise wenig durchdachten Reformabsichten der Universitätsleitung ist eher wenig übrig geblieben, und auch dieser Rest muss zum Teil noch den Prozess einer Gesetzesänderung überstehen. Aus Sicht des Personals ist die Bilanz durchzogen [...]»**

Die Habilitation als akademische Qualifikation soll beibehalten, der entsprechende Titel «PrivatdozentIn» künftig dauerhaft erteilt werden; die bisherige Lehrverpflichtung entfällt, bestehen bleibt das Recht, freie Lehrveranstaltungen anzubieten, allerdings ohne Anspruch auf Bezahlung oder Einbindung in das Curriculum. Die Ernennung zur/zum TitularprofessorIn bleibt an eine akademische Qualifikation gebunden, wird aber von der Habilitation und einer Lehrtätigkeit an der UZH losgelöst. Insbesondere bei an der UZH tätigen arrivierten AkademikerInnen ohne Lehrstuhl sollen vermehrt Ernennungen zu ProfessorInnen ad personam erfolgen.

Die PrivatdozentInnen und der VPOD hatten sich gegen die faktische Degradierung und drohende Entlassung langjähriger Lehrkräfte durch die Abschaffung der PD-Entschädigung zur Wehr gesetzt. Die Universitätsleitung will

dem wenigstens durch die Gewährung einer grosszügigen Übergangsregelung Rechnung tragen.

Zur Reform der Leitungsstrukturen hatte die Universitätsleitung (UL) ursprünglich vorgesehen, die Dekane, aber keine VertreterInnen der Stände in die UL Einsitz nehmen zu lassen. Dies stiess auf breiten Widerstand, seitens der Stände und des Personals vor allem wegen der daraus resultierenden Verringerung der Mitbestimmungsrechte. Davon wird jetzt Abstand genommen, lediglich ein neu zu bestimmender Direktor (respektive Direktorin) «Universitäre Medizin Zürich» soll zusätzlich in die UL aufgenommen werden. Diese Person soll gleichzeitig als DekanIn der Medizinischen Fakultät amten; auf Einwände des VPOD bezüglich des widersprüchlichen Wahlmodus' für diese beiden Funktionen wurde seitens der UL keine Rücksicht genommen. Ein «Direktorium der Universitätsleitung» wurde dank des Verzichts auf eine wesentliche Erweiterung der UL gegenstandslos.

Fallen gelassen wurden auch die Ideen, dem Rektor ein Vetorecht bei der Wahl der DekanInnen der Fakultäten einzuräumen und bei der Wahl von ProrektorInnen nur noch «Einerlisten» (sic) vorzulegen.

Auf eine Erweiterung der «Erweiterten Universitätsleitung» (EUL) um die Prodekane der Fakultäten soll verzichtet werden; ausser dem neu gewährten Stimmrecht für die VertreterInnen des ATP, der Möglichkeit, ständige Gäste zu bestimmen und neuen Kompetenzen zu den Studienordnungen der Fakultäten ändert sich hier nichts.

## Zwei Schritte vor, einer zurück

Von den hochtrabenden, aber teilweise wenig durchdachten Reformabsichten der Universitätsleitung ist eher wenig übrig geblieben, und auch dieser Rest muss zum Teil noch den Prozess einer Gesetzesänderung überstehen. Aus Sicht des Personals ist die Bilanz durchzogen: das administrative und technische Personal gewinnt deutlich an Mitbestimmungsrechten, wenn auch nicht in allen Belangen und gehindert durch ein wenig transparentes Wahlverfahren. Die PrivatdozentInnen verlieren einige alte Rechte; ob das durch neue Optionen (Professur ad personam) und in der praktischen Umsetzung der Reformen kompensiert werden wird, bleibt abzuwarten. Und ob die Leitungsstrukturen an Handlungsfähigkeit gewinnen werden – wie das nach Fehl- und Nicht-Entscheiden in den letzten Jahren mehrfach gefordert wurde –, bleibt ebenfalls zweifelhaft. Für die Personalorganisationen und insbesondere den VPOD bleibt nur eines: wachsam bleiben und sich einmischen! ■

**Hans Rudolf Schelling** ist Präsident der VPOD-Gruppe Universität Zürich.

## Wissenschaft oder Dummheit?

**Die neoliberale Zurichtung der Hochschulen und der Wissenschaften in den letzten zwanzig Jahren führte zur «Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen». Dies ist die pointierte Diagnose einer neuen Publikation, welche neu überarbeitete und aktualisierte Aufsätze Alex Demirovićs versammelt, die in Auseinandersetzung mit diesem Prozess entstanden sind. Von Johannes Gruber**

Zwanzig Jahre neokonservativer und neoliberaler Umbau der Hochschulen in Deutschland hat in diesen Spuren hinterlassen, so Alex Demirović: «Die soziale Ungleichheit unter Studierenden, Fächern und HochschullehrerInnen nimmt wieder zu, sie [die Hochschulen] werden entdemokratisiert, die Erzeugung und Zirkulation kritischen Wissens werden zwar nicht völlig unmöglich, aber deutlich erschwert und marginalisiert.»

In den Essays und Analysen seines neuen Buches «Wissenschaft oder Dummheit?» fragt Demirović insbesondere nach dem Verhältnis von Hochschule und kritischer Wissensproduktion. Während in der Nachkriegszeit an den Hochschulen von Marx inspirierte Traditionen kritischen Denkens wieder oder sogar erstmals ihren Platz fanden und neue Disziplinen und Ansätze «ein Feld neuer Fragen und Einsichten» erschlossen, steht dies heute zur Disposition. Im Namen von Wettbewerb und Leistung wurde nicht

nur die Demokratisierung der Hochschulen zurückgedrängt, sondern auch deren emanzipatorisches Potenzial zumindest verringert. Universitäten im emphatischen Sinne sollten Orte sein, an denen Bildungserfahrungen möglich sind, Fähigkeiten erworben werden können «wie die der Offenheit für neue Fragen und Einsichten, der kritischen Reflexion auf eigene Überzeugungen und Annahmen, der Introspektion, des Umgangs mit der Vorläufigkeit von Wissen und Erkenntnis [...] ohne in Beliebigkeit und Skeptizismus zu verfallen.»

Eine solche emanzipatorische Funktion können die Hochschulen von heute nur noch sehr bedingt erfüllen. In ihnen erscheint Wissen vermehrt unter dem Primat einer arbeitsmarktnahen Praxisausbildung beziehungsweise als Herrschaftstechnik, deren jeweiliger Grad an Beherrschung über die gesellschaftliche Position der Individuen entscheidet. Zwar gibt es dem Autor zufolge



Alex Demirović: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*. VSA-Verlag, Hamburg 2015. Ca. Fr. 22.-

durchaus Formen des Widerstands, die Hoffnung machen; was derzeit aber fehle, sei «eine grosse Initiative für anspruchsvolle Theorie und Bildung sowie für die entsprechende gesellschaftliche Neugestaltung emanzipatorischer und demokratischer Formen der Wissenschaftserzeugung und -zirkulation.» ■

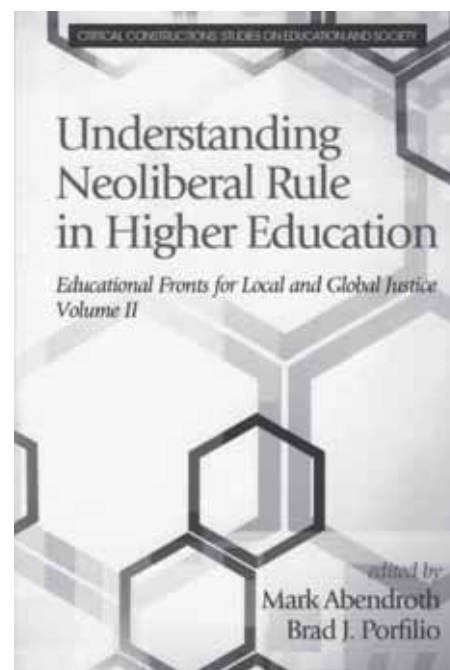
## Neoliberale Hochschule: Analysen und Widerstand

**Ein neuer Sammelband aus den USA widmet sich den Auswirkungen des Neoliberalismus auf die Hochschulen. Von den Herausgebern empfohlen wird das Buch allen, die die zerstörerischen Kräfte des Neoliberalismus im Bereich der höheren Bildung analysieren und gegen diese vorgehen möchten. Von Johannes Gruber**

Die englischsprachige Publikation «Understanding Neoliberal Rule in Higher Education» ist aufgeteilt in vier Abschnitte: Teil 1 widmet sich den Auswirkungen des Neoliberalismus auf die Qualität von Lehre und Forschung sowie der Bildungsgerechtigkeit, Teil 2 thematisiert auf welche Weise neoliberale Wissensproduktion gesellschaftliche Bedürfnisse ignoriert und Probleme weiter verschärft. Teil 3 geht auf die Lehrerinnen- und Lehrerbildung ein, innerhalb derer neoliberale

Mark Abendroth, Brad J. Porfilio: *Understanding Neoliberal Rule in Higher Education*.

Charlotte, North Carolina 2015.  
Ca. Fr. 50.-



Perspektiven ebenfalls bereits eine hegemoniale Stellung errungen haben. Die Aufsätze begnügen sich jedoch nicht mit Diagnosen, sondern entwickeln Ansätze, wie Lehrpersonen die ihnen auferlegten Zumutungen standardisierter Leistungstests mit Selektion unterlaufen und das Klassenzimmer zu einem pädagogischen Raum machen können, in dem emanzipatorische Lernprozesse stattfinden. Die im abschliessenden vierten Teil versammelten Texte beschäftigen sich mit der Frage, welchen Beitrag Bildung für den Kampf gegen den Neoliberalismus liefern kann, welche

antineoliberalen Potentiale Bildung hat und wie diese abgerufen werden können.

Die Publikation versteht sich als Beitrag des Widerstands gegen den Versuch, aus der Hochschulbildung eine Ware zu machen, deren Besitz die Studierenden in die herrschende Ökonomie integriert. Diejenigen Dozierenden, die sich dem widersetzen, so heisst es in der Einleitung des Bandes metaphorisch, «haben einen schwierigen Tanz zu lernen, und sie riskieren dabei, denjenigen auf die Zehen zu treten, die im Takt mit den neoliberalen Trommelschlägen marschieren.» ■

und Freunde, mit denen die Autorinnen gesprochen haben. Das Autorinnenduo stellt diesen Interviews eine fünfseitige Einleitung voran, Andrea Roedig schliesst den Band mit einem neunseitigen Essay.

### Unklar, was gezeigt werden soll

«In mehr oder weniger chronologischer Reihenfolge erzählen die Befragten uns von ihrem akademischen Werdegang (...) vom ersten Kontakt mit Kunst, Literatur, Geschichte (...) bis hin zur aktuellen Lebenssituation» (S. 5). Statt zu analysieren wollen die Autorinnen «zeigen – zeigen, indem wir erzählen liessen». Das ist ein sehr bescheidener Anspruch, der hier formuliert wird – zumal völlig im Dunkeln bleibt, was gezeigt werden soll: Das kreative Schaffen der Befragten? Ihre persönliche Lebenssituation? Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen? Von allem etwas? Zudem suggeriert dieser Ansatz, dass man «neutral» und «objektiv» zeigen könne, ohne bereits zu werten. Zwar gelingt es Lehmann und Roedig, die Erzählungen in einen Zusammenhang mit «der kapitalistischen Marktwirtschaft» (sic) zu stellen, doch an keiner Stelle wird dieser Zusammenhang erklärt, diskutiert oder analysiert. Zwar behauptet das Autorinnenpaar die Texte «journalistisch-literarisch» (S. 6) bearbeitet zu haben, dennoch wirken die Interviews wie unredigierte Gesprächsprotokolle. Die teils boulevardeske Umgangssprache verbessert bei weitem nicht die Lesbarkeit des Buches. Irritierend in der Einleitung aber auch durchgehend in allen Interviews ist die Gegenüberstellung zwischen der geisteswissenschaftlichen Arbeit einerseits und der «Realität», dem «Gegebenen», das heisst dem «ausserakademischen Arbeitsmarkt», als ob sich der «Elfenbeinturm» tatsächlich ausserhalb der Gesellschaft befinden würde. Mit Antonio Negri haben wir gesehen, dass dem nicht so ist: Der sogenannte Elfenbeinturm ist nur eine spezielle Ausformung, nur ein spezieller Arbeitsplatz im kognitiven Kapitalismus. Der Elfenbeinturm ist Teil der heutigen Wissensgesellschaft – eine weitere Schlüsselkategorie, die im Narrativ des Buches keinen Platz findet. Das Autorinnenpaar schliesst ihre Einleitung nicht ohne Pathos damit, dass sie ihr Interviewprojekt als politischen Akt versteht. Diesem Anspruch werden sie an keiner Stelle gerecht, würde er auch weiter über das schlichte «Zeigen» hinausgehen, das sie sich eingangs zum Ziel gesetzt haben.

### Depolitisierung

Politisch ist ihre Arbeit nicht: Die Interviews sind vielmehr äusserst depolitisierend. Alle Gespräche beginnen mit Fragen nach Kindheit und Jugend. Schon dieser Ansatz lässt vermuten, wie paternalistisch und pathologisierend die Autorinnen an ihre Gesprächs-

## Defensives Lamento

**Statt kritisch zu analysieren wärmt eine neue Publikation über die berufliche Situation prekärer GeisteswissenschaftlerInnen alltagsweltliche Klischees neu auf. Von Philipp Casula**

Das Wort «Kopfarbeit» im Titel des von Sandra Lehmann und Andrea Roedig vorgelegten Bandes verspricht bereits eine interessante Auseinandersetzung mit den Berufswegen von NachwuchsakademikerInnen im deutschsprachigen Raum. Es echo die breite Debatte um immaterielle Arbeit, wie sie besonders Antonio Negri angestossen hat. Immaterielle Arbeit umfasst für Negri «die Gesamtheit intellektueller, kommunikativer, relationaler und affektiver Tätigkeiten, in denen gesellschaftliche Subjekte und gesellschaftliche Bewegungen sich handelnd ausdrücken» (Negri 2007: 18). Negri argumentiert emphatisch, dass in unserer Zeit ein kognitiver Kapitalismus vorherrscht, der durch eine Hegemonie intellektueller Arbeit gekennzeichnet ist. «Im Zeitalter des kognitiven Kapitalismus hängt die Produktion des Werts von kreativer, intellektueller Tätigkeit ab, die nicht nur keine Knappheit kennt, sondern auch jenseits der Massenfertigung, der Fabrik etc. angesiedelt ist», sagt Negri (ebd.).

Für die von Sandra Lehmann und Andrea Roedig in ihrem Band diskutierten GeisteswissenschaftlerInnen der aus unerfindlichen Gründen so genannten «mittleren Generation» würde das zweierlei bedeuten: erstens repräsentieren die Geisteswissenschaften keine Besonderheit. Ihre Tätigkeit ist vergleichbar mit der dominierenden Art und Weise der Produktion im gegenwärtigen Kapitalismus. Zweitens, lässt sich ihre Tätigkeit nicht in Kategorien von Nachfrage und Angebot ausdrücken. «Innovation» dagegen ist die Schlüsselkategorie nach der ihre Arbeit bewertet wird. Solche Überlegungen stellen die Autorinnen aber nicht im Ansatz an. Sie präsentieren eine Sammlung von elf kurzen Interviews mit GeisteswissenschaftlerInnen



Sandra Lehmann, Andrea Roedig. Bestandsaufnahme Kopfarbeit. Interviews mit Geisteswissenschaftler/innen der mittleren Generation. Klever Verlag, Wien 2015. 184 Seiten, Franken 24.90.

zwischen 22 und 45, die in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland tätig sind. Die Auswahl der GesprächspartnerInnen ist beinahe willkürlich: Es sind zumeist Bekannte



partner herantreten. Dabei zeigt sich schnell, dass all diese «Fälle» einen ganz unterschiedlichen familiären Background haben, von Arbeiterfamilien bis Grossbürgertum und dass dieser Hintergrund wenig aussagt über die jeweiligen beruflichen Situationen. Die einsilbigen, oft aggressiv-suggestiven Fragen der Autorinnen sind extrem repetitiv und ermüden rasch den Leser. Keine Peinlichkeit wird ausgelassen («Warst Du Einzelgänger?», S. 46; «Abtreibung war für Dich aber keine Option?», S. 69; «Du bist Einzelkind. Wie alt waren Deine Eltern als sie Dich gekriegt

## «Die Autorinnen [...] reproduzieren das kapitalistische Grundnarrativ, wonach jeder selbst für seinen Erfolg und für sein Scheitern verantwortlich ist.»

haben?», S. 87, «Welchen Einfluss hat diese Arbeitsweise auf Dein Beziehungsleben?», S. 43), um die «pathologische» Persönlichkeit der Gesprächspartner oder zumindest den pathologischen Charakter ihrer Lebensweise zu durchleuchten. Die Interviews scheinen erklären zu wollen, was in den Biographien «schief» gegangen ist («Bis zur Dissertation lief bei Dir alles offenbar sehr gut», S. 80).

### Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied

Hier offenbaren die Autorinnen ein Grundproblem: Sie halten fest an der Idee einer linearen «Karriere», die nicht «gestückelt» (S. 43) sein darf, sondern aus einer Reihung aufeinander aufbauender Erfolge bestehen muss: Sie replizieren das kapitalistische Grundnarrativ, wonach jeder selbst für seinen Erfolg und für sein Scheitern verantwortlich ist. Schritt für Schritt müsse man sich «etwas» aufbauen. Rückschläge, Zeiten von Arbeitslosigkeit, Zweifel, immer noch «auf der Suche sein» (S. 58) betrachten die Autorinnen scheinbar als verwerflich. Dabei wird zweierlei ausgelassen: erstens, dass so eine Patchworklaufbahn vielleicht ein verallgemeinertes Problem in Zeiten ist, in denen die Arbeit immer «immaterieller» geworden ist. Ausgelassen wird zweitens aber auch, dass selbst unter den Interviewten und trotz der Fragen, die Pathologie oder Versagen suggerieren, es «Erfolgsgeschichten» im doppelten Sinne gibt. Weder sehen die Befragten die Vielschichtigkeit ihrer intellektuellen

Arbeit grundsätzlich als Problem: «Corinna H.» (S. 44) oder «Stefan R.» würden wieder ein geisteswissenschaftliches Fach studieren; noch gibt es nur ein «objektives Versagen», selbst dann, wenn man die Kriterien des Autorinnenduos anlegt: «Holger M.» tritt eine Stelle als assoziierter Professor an, «Monica R.» arbeitet als selbständige Eventberaterin, «Nicole A.» ist Universitätsassistentin.

### Politischer Anspruch als hohle Phrase

Von dem abschliessenden Essay von Andrea Roedig hätte man erwarten können, dass sie die Interviews kontextualisiert und analysiert. Diesem Anspruch wird sie bedingt gerecht. Zwar erwähnt sie beiläufig strukturelle Faktoren wie die Bologna-Reform (S. 165) oder den «gegenwärtigen Kulturkapitalismus» (S. 167), doch ihre Erklärung, warum Geisteswissenschaften am Markt nicht einen angemessenen Preis erzielen («Willkür, Nicht-Konsumierbarkeit, Nicht-Materialität») können nicht überzeugen. Das hat zwei Gründe: Zum einen ist unklar, ob die Frage nach dem angemessenen Preis überhaupt eine relevante Kategorie für die Geisteswissenschaften ist. Statt die Marktlogik zu hinterfragen und zu kritisieren, geben die Autorinnen den Kampf auf und unterwerfen sich willfährig dem Kapitalismus. Deswegen bleibt auch Andrea Röhrig bei einer Kritik, die auf das individuelle Versagen des Individuums abzielt, gespickt mit abwertenden Klischees über «vergeistigt dünne, komplett in Hölderlin versunkene» (S. 165) Philosophinnen. Der zweite Grund ist ein Mangel an Begriffen. Hier hätte man wirklich erwarten können, dass sich Lehmann und Roedig ein wenig in die Literatur über immaterielle Arbeit einlesen und ihrer Leserschaft den Kontext der von ihnen angerissenen Biografien erklären: Was bedeutet zum Beispiel die Bologna-Reform

genau für die Geisteswissenschaften und die Art und Weise, wie sie betrieben werden? Nach der Lektüre wirkt der eingangs formulierte Anspruch, einen politischen Akt zu begehen als hohle Phrase. Vielmehr suggeriert der Band, die Geisteswissenschaftlerinnen seien selbst Schuld an ihrem Elend. Dieses dünne, enttäuschende Buch reiht sich daher in ein defensives Lamento der Geisteswissenschaften ein. Das Buch ist eine verpasste Chance zur Auseinandersetzung mit der Frage danach, welche Rolle heute den Geisteswissenschaften beigemessen wird und wie sich die Geisteswissenschaften selbst in der Gesellschaft als Teil der Gesellschaft positionieren. Es ist eine verpasste Chance zu fragen, was Geisteswissenschaft im Neoliberalismus bedeutet. Der schmale, auch sprachlich ärgerliche Band ist auch ein Scheitern der Geisteswissenschaften; weil die Autorinnen keine politische Arbeit leisten, weil ihnen nicht ansatzweise eine strukturelle Analyse gelingt, und weil sie nicht einmal das Bemühen erkennen lassen, kritisch Position zu beziehen. Dabei ist genau Kritik jene zentrale Aufgabe, die Geisteswissenschaften zukommt. Kritik an jedem Diskurs, der versucht einem vorzuschreiben, wie Dinge zu sein haben, wie Leben zu führen sind, auch: wie Arbeit zu organisieren ist. Wenn Kritik für Foucault (2005: 41) ein Instrument sein soll «für diejenigen, die kämpfen», dann liest sich das Buch von Lehmann und Roedig wie ein Aufruf, die Waffen zu strecken. ■

**Philipp Casula** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Zürich.

#### Literatur

**Foucault, Michel (2005)** Dits et écrits. Bd. IV. Frankfurt: Suhrkamp.

**Negri, Antonio (2007)** «Zur gesellschaftlichen Ontologie. Materielle Arbeit, immaterielle Arbeit und Biopolitik», in Marianne Pieper, Thomas Atzert, Serhat Karakayali: Empire und die biopolitische Wende. Frankfurt: Campus, 2007, S. 16-30.



**Zur Verstärkung unserer Redaktionsgruppe** suchen wir engagierte vpod-Mitglieder, die Erfahrung im Bildungsbereich haben. Willkommen sind dabei Lehrende aus allen Bildungsstufen.

Die Redaktionsarbeit besteht vor allem aus der gemeinsamen Erarbeitung von Konzepten für Themenschwerpunkte. Wichtig sind im Konkreten auch Vorschläge von Artikeln und AutorInnen sowie das Schreiben von Textbeiträgen. Die Redaktion trifft sich circa viermal jährlich.

Wir würden uns über jede Form von Mitarbeit freuen. Bitte meldet euch unter:  
**redaktion@vpod-bildungspolitik.ch**



## Historische Aufklärung

Ein neues Buch von Thomas Maissen zur Entmythisierung der Schweizer Geschichte. Von Martin Stohler

Die SVP liebt es, ihre nationalegoistisch-reaktionäre Politik im Glorienschein einer mythischen Schweizer Geschichte erstrahlen zu lassen. Das Phänomen ist bekannt, eine vertiefte Auseinandersetzung damit tut angesichts der SVP-Erfolge not. Mit seinem Buch leistet der Historiker Thomas Maissen einen – wenn auch nicht völlig überzeugenden – Beitrag dazu.

Maissen nimmt in 15 kurzen Kapiteln Stichworte der Einpauker Blocher, Maurer und Köppel auf und zeigt, was die moderne Geschichtswissenschaft dazu zu sagen hat. Dies ist immer lesenswert, wenn sich bisweilen die Akzente auch etwas anders setzen liessen. Insbesondere das Kapitelchen zur direkten Demokratie bedarf einer Vertiefung.

«Für Maissen kommt der entscheidende Impuls zur Schaffung der direkten Demokratie nicht aus der legendären «Urschweiz» von 1291, sondern von Rousseau und der französischen Revolution [...]»

### Entstehung und Funktionen der direkten Demokratie

Die Schweizer Demokratie – die Volksherrschaft – wird von den SVP-Ideologen gerne auf die Urkantone und die Landsgemeinden zurückgeführt. Maissen macht deutlich, dass das historisch nicht haltbar ist. Der Autor räumt zwar ein, dass sich die Verhältnisse in den alpinen Kantonen von denjenigen in den Stadtkantonen unterscheiden: «Obwohl der gewöhnliche Landmann den Häuptern ehrfürchtig begegnete, waren die ständischen und sozialen Unterschiede viel weniger ausgeprägt als in Patrizierstädten wie Bern. Die

Viehzucht als Existenzgrundlage war nicht nur vielen Alpenbewohnern gemeinsam, sie erforderte auch oft genossenschaftliches Wirtschaften und Absprachen etwa bei der Alpnutzung. Auch daraus entwickelte sich die politische Mitbestimmung der Vollbürger bei der Landsgemeinde.»

Maissen betont aber zu Recht deren Beschränktheit: «Ausgeschlossen von dieser politischen Herrschaft blieben aber auch hier [wie in den Patrizierstädten, der Rez.] Hinterlassenen und Untertanen, von Frauen nicht zu reden. Zudem kontrollierten die führenden Familien das Abstimmungsverhalten – geheime Wahlen existierten nicht» (S. 153).

Für Maissen kommt der entscheidende Impuls zur Schaffung der direkten Demokratie nicht aus der legendären «Urschweiz» von 1291, sondern von Rousseau und der Französischen Revolution beziehungsweise der jakobinischen Verfassung von 1793 (vgl. S. 156). Letzterer hätten die Vorkämpfer für die Schweizer Demokratie vor allem die Idee des Vetos, das unserem Referendum entspricht, entnommen.

Maissen nennt im Weiteren einzelne Stationen des Kampfes um die direkte Demokratie im 19. und 20. Jahrhundert, ohne auf führende Exponenten wie Marquis de Condorcet, Friedrich Albert Lange, Karl Bürkli oder Theodor Curti und ihre Konzeptionen einzugehen. Damit vergibt er sich auch die Chance, die Modernität der direkten Demokratie und ihr Potenzial – im Unterschied zu plebiszitären SVP-Konzepten – deutlich zu machen. Dies mag nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein, dass sich die Begeisterung Maissens für die direkte Demokratie in Grenzen hält: «Die direkte Demokratie war insofern von Anfang an ambivalent. Sie war «progressiv», indem sie dem Volk von gleichrangigen Bürgern bei der Gesetzgebung, also dem vornehmsten Souveränitätsrecht, das letzte Wort überliess. Zugleich war sie «konservativ», da sie sich negativ gegen den Veränderungswillen der Regierung richtete» (S. 156). Ich fürchte, hier schlägt Maissen den Sack und meint eigentlich den Esel.

Davon einmal abgesehen, erhalten die Leserinnen und Leser auf knappem Raum ein differenziertes Bild der Schweizergeschichte und der Schweizer Geschichtsschreibung, deren Grundlinien gar ein kleiner Essay gewidmet ist.

### Fachwissen statt Mythen

In Maissens Buch finden sich reichlich Belege dafür, dass die SVP nicht eine moderne, sondern eine mythische Geschichtsbetrachtung pflegt. Warum diese bei zahlreichen Eidgenossinnen und Eidgenossen verfangt, ist eine Frage, die Maissen leider kaum angeht. Es ist schade, dass Maissen darauf verzichtet hat, den Einsatz der jeweiligen «Heldengeschichte» in den aktuellen Auseinandersetzungen genauer zu lokalisieren und deren Funktion deutlich zu machen. Denn – und hier kann ich Maissen voll und ganz zustimmen – Märchen und Mythen «sind, da wandelbar, eine aufschlussreiche Quelle für das Verständnis derjenigen Zeiten, in der (sic) sie erzählt und genutzt werden. Sie sind aber, obwohl universal oder zumindest transnational, nicht eine tiefere oder höhere, zeitlose Wahrheit. Welche heutige Gesellschaft, die sich als historisch gewachsen versteht, möchte bei der Planung ihrer Zukunft von Mythen abhängen statt von historischem Fachwissen?» (S. 210). ■



Thomas Maissen: Schweizer Heldengeschichten und was dahintersteckt.

Verlag Hier und Jetzt, Baden 2015.  
234 Seiten, 29 Franken.  
[www.hierundjetzt.ch](http://www.hierundjetzt.ch)

# Wer braucht noch Noten!

**Die Vergabe von Noten an der öffentlichen Schule dient der Auslese und nicht der Förderung. Der Verein «Volksschule ohne Selektion» VSoS tritt für eine Schule ohne Noten ein. Von Theo Margot**

**H**artnäckig und wider besseres Wissen halten grosse Teile unserer Gesellschaft an der Überzeugung fest, dass Noten in der Schule unerlässlich seien. Häufigstes Argument dafür ist der angebliche Selektionsauftrag der Schule. Selektion – der Begriff an sich ist bereits fragwürdig im Zusammenhang mit Schule/Bildung, stammt er doch aus der Zoologie/Botanik und meint die Züchtung neuer, wertvollerer, ertragreicherer Sorten. Jede Selektion schafft Gewinner und Verlierer. Kann dies der Sinn der Schule sein? Ein Menschenbild geprägt vom Begriff der Selektion ist kaum zu vereinbaren mit einer ausgewogenen pädagogischen Haltung. Erträglicher und treffender wäre allenfalls der

**«Das Heil der Welt liegt nicht in andern Massnahmen, sondern in einer andern Gesinnung.»**

Albert Schweitzer

Begriff Zuweisung, Zuteilung oder Allokation, wenn's denn ein Fremdwort sein muss. Braucht es aber überhaupt unterschiedliche Zuweisungen während der Volksschulzeit? Es geht doch in der Volksschule darum, dass alle Kinder und Jugendlichen Kenntnisse, Fertigkeiten, Fähigkeiten, Haltungen, Kompetenzen, Potenziale erwerben und entfalten,

die sie befähigen zu eigenständigem, verantwortungsbewusstem Handeln innerhalb der Gemeinschaft und Gesellschaft, in der sie leben. Und dies unter Voraussetzungen, die weder bereits Benachteiligte fernerhin benachteiligen noch Begünstigte zusätzlich begünstigen. Eine Zuweisung erscheint dann nötig und gerechtfertigt, wenn es am Ende der obligatorischen Schulzeit um die Ausbildung besonderer Neigungen und Fähigkeiten für eine berufliche Laufbahn geht.

## Heterogenität als Mittel zur Leistungsförderung

Die Zergliederung in verschiedene Schultypen, insbesondere auf der Oberstufe, stützt sich auf die Überzeugung, es sei unerlässlich, leistungsstärkere von leistungsschwächeren Kindern zu trennen, um allen besser gerecht werden zu können. Unerschütterlich hält sich zudem der Glaube aufrecht, diese Unterschiede seien mit Schulnoten festzustellen. Beide Ansichten indessen sind in den letzten Jahrzehnten durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen und durch Erfahrungen in der Praxis widerlegt worden.

Winfried Kronig, ordentlicher Professor an der Philosophischen Fakultät der Universität Fribourg und Autor mehrerer Bücher und Artikel zu Themen wie schulische Selektion, weist in vielen seiner Publikationen (vgl. auch die letzte Ausgabe, Nummer 191 dieser Zeitschrift) darauf hin, dass durchschnittliche und leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler in guten Klassen grössere Leistungsfortschritte erzielen. Sie erhalten dafür aber die schlechteren Noten. In schwächeren Klassen dagegen werden geringere Fortschritte

gemacht, für die man aber die besseren Noten erhält. Leistungsstärkere Kinder andererseits erzielen sowohl in guten wie in schwächeren Klassen vergleichbare Ergebnisse. Die Heterogenität erweist sich demzufolge nicht als Problem, sondern eher als Lösung zur Leistungsförderung.

## Warum Noten Schaden anrichten

Das Denken in Noten andererseits ist seit 200 Jahren (bereits J. H. Pestalozzi hat auf ihre Unzulänglichkeit hingewiesen) derart fest verankert in den Köpfen, dass an der Notengebung festgehalten wird, auch wenn bekannt ist, dass ihr Schaden grösser als der Nutzen ist. In aller Kürze nachfolgend 10 kaum bestrittene Mängel.

**Noten** ermuntern zum Minimalismus.

**Noten** sind nicht verlässlich, sie täuschen Objektivität vor.

**Noten** sind nicht vergleichbar und daher wertlos ausserhalb des Klassenzimmers, denn sie orientieren sich am Klassenniveau.

**Noten** erzeugen Angst, werden so zu Lernkillern.

**Noten** sind mehrdeutig. Sie haben eine Menge von Funktionen zu erfüllen, ohne dass deren jeweilige Bedeutung geklärt ist.

**Noten** verursachen viele unerwünschte Nebeneffekte.

**Noten** demütigen, beschämen und verursachen bei Betroffenen bleibende Schäden.

**Noten**, insbesondere deren arithmetische Mittel, verzerren Sachverhalte.

**Noten** verhindern Innovation und Kreativität.

**Noten** stehen im Widerspruch zu den Lehrplänen, die Sach-, Selbst- und Sozialkompetenz gleichwertig gewichten.

**Der Verein «Volksschule ohne Selektion» strebt die selektionsfreie Volksschule an. Der VSoS mischt sich ein und fordert eine Volksschule,**

– **die selektionsfrei ist**, das heisst frei von Laufbahnentscheidungen und strukturellen Diskriminierungen vom Eintritt in den Kindergarten bis zum Austritt aus der Volksschule

– **die integrativ ist**, das heisst Kinder aller sozialen Schichten und jeglicher ethnischer Herkunft gemeinsam je nach ihren Möglichkeiten und Interessen fördert und Leistung fordert und belohnt

– **die letztlich inklusiv ist**, das heisst eine Schule, welche ein Abbild der ganzen Gesellschaft und damit eine Schule für wirklich alle ist.

In der «bildungspolitik» erscheint regelmässig die Kolumne des Vereins «Volksschule ohne Selektion» (VSoS), in der sich Fachpersonen zu drängenden Fragen des Bildungswesens äussern und damit einen Beitrag zur Schulentwicklungsdiskussion leisten.

**www.vsos.ch**

E-Mail: kontakt@vsos.ch

### Fördern statt Auslesen

Praxis und Forschung weisen seit Jahrzehnten darauf hin, dass Noten ungeeignet sind zur Schüler- bzw. Schülerinnenbeurteilung. Einzig am Ende eines Schuljahres wird ihnen allenfalls eine bilanzierende Funktion zugestanden. Trotzdem will gemäss einer repräsentativen Umfrage vom Herbst 2014 eine Mehrheit der Befragten in der Schweiz an Noten festhalten. Selbst Lehrerinnen und Lehrer sind schwer dafür zu gewinnen, andere, tauglichere Beobachtungs- und Beurteilungsinstrumente zu verwenden, obwohl diese vorhanden sind. Fürchten sie sich davor, dass der Verzicht auf Noten einen Wandel des vorherrschenden Lehr- und Lernverständnisses einleiten könnte? Es geht nicht darum, die Beurteilung von einzelnen Schülerleistungen abzuschaffen, sondern diese ganz in den Dienst der Förderung von Kompetenzen zu stellen statt in den Dienst des Auslesens.

Landauf, landab ringen Lehrerinnen und Lehrer täglich ernsthaft darum, ihren Berufsauftrag im Spannungsfeld zwischen Fördern und Auslesen zu erfüllen. Eine Entflechtung tut not und ist möglich durch den Verzicht auf ein mehrgliedriges Schulsystem. So erübrigt sich die Auslese und beträchtliche Ressourcen werden freigesetzt zugunsten eines wahrhaft

förderorientierten Unterrichts. Verschiedene Schulen in der Schweiz nähern sich solchen Modellen an oder setzen sie bereits erfolgreich um. International betrachtet erweisen sich Volksschulen ohne Selektion als die kompetitivsten.

### Für eine Schule ohne Noten

Lehrpläne, gesetzliche Bestimmungen, Weisungen enthalten stets Freiräume. In seiner Bildungsstrategie 2016 (Vernehmlassungsentwurf S. 5) ruft selbst der Regierungsrat des Kantons Bern dazu auf, diese auszuloten und zu nutzen zur weiteren Schul- und Unterrichtsentwicklung. Nachhaltige Veränderungen im Bildungswesen wachsen meistens von unten her, initiiert und erprobt von Lehrerinnen und Lehrern oder Eltern, die sich mit Leidenschaft und Überzeugungskraft dafür einsetzen, damit scheinbar Unmögliches möglich wird.

Der VSoS ist sich bewusst, dass der Verzicht auf Noten in der Schule und das Loslassen einer mehrgliedrigen Volksschule auf Widerstand stossen und nicht von heute auf morgen umzusetzen sind. Er wird aber nicht nachlassen in seinem Bestreben, dieser Vision Schritt für Schritt näher zu kommen. Homogene Schulklassen sind ein Mythos. Er

ermuntert und unterstützt alle, stattdessen vorhandene Freiräume (allenfalls auch nicht vorhandene!) dazu zu nutzen, Schule so zu gestalten, dass sie nicht ausliest und aussondert, sondern «der Förderung der individuellen Begabungen, der Chancengerechtigkeit und der Erhaltung der Lernfreude verpflichtet ist» (zit. Positionspapier VSoS 2011).

Mit der Frage «Wer braucht (schon) Noten?» setzt sich auch ein Podiumsgespräch mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Schule auseinander, das anschliessend an die Hauptversammlung des VSoS am 29.10.2015 um 20 Uhr stattfindet. Der Anlass ist öffentlich, jedermann ist dazu herzlich eingeladen. Ort: Aula Schulhaus Breitfeld, Standstrasse 61, 3014 Bern (mehr dazu [www.vsos.ch](http://www.vsos.ch)). ■



**Theo Margot** ist Primar- und Sekundarlehrer mit 44 Jahren Unterrichtstätigkeit an verschiedenen Schulen. Bis zur Pensionierung war er zusätzlich 17 Jahre lang Schulleiter an der Sekundarstufe I Zollikofen/BE. Theo Margot ist Gründungsmitglied des VSoS.

# BERUFS MESSE ZÜRICH

Folgen Sie uns

Erhältlich im  
App Store

Erhältlich auf  
Google play

## Infoanlass für Lehrpersonen

Nutzen Sie die Gelegenheit, sich zum Thema Berufskunde auf den neusten Stand zu bringen. Nehmen Sie an einem der geführten Rundgänge durch die Berufsmesse Zürich teil und treffen Sie Fachpersonen aus verschiedenen Berufsfeldern.

Infoanlass für Lehrpersonen am Montag, 16. November 2015

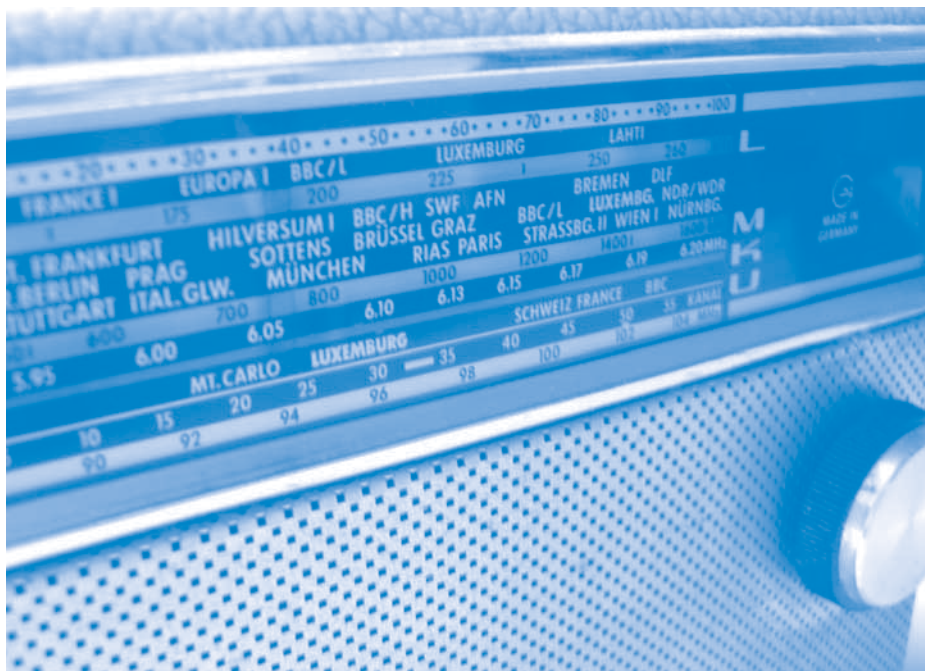
Anmeldung unter [www.berufsmessezuerich.ch/infoanlass](http://www.berufsmessezuerich.ch/infoanlass)

17. bis 21. November 2015 | Messe Zürich

Hauptsponsorin

Unterstützt durch

Veranstalter



## Kurznachrichten

### Höhere Fachschulen: Verbesserte Freizügigkeit für Studierende ab dem neuen Studienjahr

Mit Ablauf einer entsprechenden Referendumsfrist im Kanton Neuenburg per Mitte Juli 2015 sind nun alle 26 Kantone der HF-Finanzierungsvereinbarung beigetreten. Damit können Studierende an Höheren Fachschulen von einer verbesserten Freizügigkeit profitieren und laufen nicht mehr Gefahr, für einen ausserkantonalen Bildungsgang höhere Gebühren zahlen zu müssen. In der Schweiz studierten im Studienjahr 2013/2014 rund 27500 junge Erwachsene an einer Höheren Fachschule (HF), unter anderem in den Bereichen Kindererziehung und Gesundheit.

### 5. Oktober 2015: Journée mondiale des enseignant(e)s

Alljährlich am 5. Oktober findet der internationale Tag der Lehrpersonen statt. Der internationale Gewerkschaftsdachverband Education International will damit auf die Arbeit der Lehrpersonen und ihren Beitrag zu einer guten Bildung aufmerksam machen. Der diesjährige Tag steht unter dem Motto «Un personnel enseignant fort pour des sociétés durables pour toutes et tous» beziehungsweise «Empowering teachers – building sustainable societies». <http://www.worldteachersday.org>

### Bericht der Fachstelle für Rassismusbekämpfung

«Rassistische Diskriminierung in der Schweiz» – der alle zwei Jahre erscheinende Bericht der Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB liefert Grundlagen, Zahlen und Fakten, er hilft bei der Planung und dient bei Beantwortung von Fragen rund um Rassismus und Diskriminierung. Der aktuelle Bericht (mit Zahlen von 2014) kann als gedruckte Broschüre (D/F/I) bestellt oder im Internet heruntergeladen werden:

<http://www.frb.admin.ch> > Berichterstattung und Monitoring

### Euro-Statistiken zu Bildungsthemen

Wer Zahlen und Informationen zu Bildungsthemen im europäischen Vergleich sucht, findet sie auf der Eurydice-Website. Die Plattform, welche 2015 neu überarbeitet wurde, bietet Informationen und Statistiken aus 37 Ländern, ausserdem Vergleichsstudien und Detailanalysen zu verschiedenen Bildungsthemen in Europa: <http://ec.europa.eu/eurydice> Aktuelle Detailinformationen zur Schweizer Bildungslandschaft, zum Beispiel zur Anzahl Lernenden oder den Abschlüssen, finden sich hier: <http://www.portal-stat.admin.ch/isced97/files/de/index.html>

### Bildung braucht Beziehung

Vom 6. bis 8. November 2015 findet im Congresspark Wolfsburg der BeltzForum-Bildungskongress statt. Im Zentrum steht die Bedeutung von Beziehungskompetenz für eine gute Schule. Der Kongress versteht sich als «Tankstelle mit frischen Ideen und praxis-tauglichen Anregungen» für Lehrpersonen. ReferentInnen sind unter anderem die Soziologen Hartmut Rosa und Heinz Bude.

Hartmut Rosas Referat «Schule als Resonanzraum – Lehren und Lernen in Resonanzbeziehungen» geht von der Leitthese aus, dass Lehren und Lernen dann und dort gelingt, wo Schule zu einem Resonanzraum wird – es misslingt (im Extremfall mit den schwerwiegenden Konsequenzen des Schulversagens auf der einen und des Burnout auf der anderen Seite), wo die Interaktionsbeziehungen «stumm» bleiben. Rosa untersucht und diskutiert die Bedingungen für die Ausbildung beziehungsweise das Verstummen solcher Resonanzverhältnisse.

Heinz Bude widmet sich unter dem Titel «Im Spannungsverhältnis von Inklusion und Exklusion» den Fragen, wie viele Unterschiede unsere Gesellschaft erträgt, wie viel Gleichheit sie braucht und was das für die Schule bedeutet. Was heute in der Bundesrepublik Deutschland passiert, so Bude, erscheint paradox: Auf der einen Seite ist ein erstaunliches Wirtschaftswachstum zu konstatieren, auf der anderen Seite mehren sich die Nachrichten vom Abschmelzen der gesellschaftlichen Mitte, von wachsender Kinderarmut und von einer ungerechten Verteilung der Bildungschancen. Lässt sich vor diesem Hintergrund bereits von einer sozialen Spaltung der Gesellschaft sprechen? Beschleunigt diese Entwicklung auch in der Schule das Spannungsverhältnis von Inklusion und Exklusion?

Anmeldung unter: [mail@beltzforum.de](mailto:mail@beltzforum.de)

### Inklusion sucht Raum

Bereits am 9. und 10. Oktober 2015 findet an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt die Tagung «Inklusion sucht Raum» statt. Im Fokus steht dabei die Frage, inwieweit Schulräume für die gelingende Inklusion hilfreich oder gar unverzichtbar sind. Die Tagung versteht sich als ein Forum für alle Personen, die sich der Herausforderung der Inklusion stellen und miteinander ins Gespräch kommen wollen.

Mehr Details zu dieser Tagung lassen sich mit folgendem Link finden: [http://www.ku.de/fileadmin/120203/PDF/Flyer\\_Tagung\\_Inklusion\\_sucht\\_Raum-I\\_NEU.pdf](http://www.ku.de/fileadmin/120203/PDF/Flyer_Tagung_Inklusion_sucht_Raum-I_NEU.pdf)

■



# Zuflucht gesucht – Rachel

Ein Film über ein Kind auf der Flucht. Von Peter Meier

Die 17-jährige Rachel\* erzählt im Film «Zuflucht gesucht – Rachel» ihre Geschichte von Verfolgung und Flucht. Weil sie und ihre Familie als Christen in ihrem mehrheitlich muslimischen Land diskriminiert werden, flüchten sie nach Europa. Vorerst führen sie dort ein normales Leben. Nachdem sie ins Gefängnis gesteckt, dann aber wieder freigelassen werden, leben sie in ständiger Angst. Nach der zweiten Verhaftung werden sie zurück in ihr Heimatland ausgewiesen. Dort sind sie alles andere als willkommen. Schliesslich entscheidet sich die Familie, nochmals zu flüchten. Wieder in Europa, erhalten sie eine definitive Aufenthaltsgenehmigung und können endlich ein normales Leben führen. Rachel besucht die Schule und möchte später

Anwältin werden, um Menschen zu helfen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden wie sie.

## Formale Gestaltung: ein animierter Dokumentarfilm

Der Film macht Rachels Angst und die Ungewissheit gut nachvollziehbar. Einerseits, weil ihre (englische) Originalstimme sehr authentisch und real wirkt (in der deutschen Synchronisation geht dies jedoch verloren). Dank der freien Umsetzung durch die Animation gelingt es andererseits, Situationen und Gefühle aus der Perspektive von Rachel darzustellen und entsprechend subjektiv zu gewichten. Die Zeichnungen verleihen Rachels Worten so eine zusätzliche, künstle-

rische Dimension. Ihre Angst wird zum Beispiel dadurch visualisiert, dass die Beamten und Polizisten riesengross und bedrohlich gezeichnet sind. Neben inhaltlicher Arbeit zum Thema Flucht und Menschenrechte kann der Film deshalb auch gut für medienpädagogische Zwecke eingesetzt werden.

Die Filmlänge von nur fünf Minuten ermöglicht es, sich den Film mehr als einmal anzuschauen und dadurch neue Details zu entdecken. Er eignet sich dank der Synchronfassungen auch gut für den Fremdsprachenunterricht (Englisch, Französisch, Italienisch).

\*Rachel ist ein biblischer Name hebräischer Herkunft und bedeutet Mutterschaft; die russische Form Rachil bedeutet Rat (Ratgeber) und Burg (Zuflucht).

## Zielgruppe: 3. Zyklus

(7. bis 9. Klasse)

### Lernziele:

- Formulieren, was das Recht auf Bildung für Rachel bedeutet und welche Unterschiede es zur Situation in der Schweiz gibt.
- Eine eigene Haltung zur Schule einnehmen und diese erläutern können.
- Ausgehend von einer Zusammenstellung der 10 wichtigsten Kinderrechte überprüfen, welche Kinderrechte im Film vorkommen / nicht vorkommen.

### Lehrplanbezug

**ERG 3** | Spuren und Einfluss von Religionen in Kultur und Gesellschaft erkennen:

- Die Schülerinnen und Schüler können Rolle und Wirkungen von Religionen und Religionsgemeinschaften in gesellschaftlichen Zusammenhängen einschätzen.

**ERG 4** | Sich mit Religionen und Weltansichten auseinandersetzen:

- Die Schülerinnen und Schüler können sich in der Vielfalt religiöser Traditionen und Weltanschauungen orientieren und verschiedenen Überzeugungen respektvoll begegnen.
- Die Schülerinnen und Schüler können Weltansichten und Weltdeutungen reflektieren.

**RZG 2** | Lebensweisen und Lebensräume charakterisieren:

- Die Schülerinnen und Schüler können Bevölkerungsstrukturen und -bewegungen einordnen.
- können aktuelle Bevölkerungsbewegungen erkennen, diese räumlich und zeitlich strukturieren, sowie Gründe für Migration erklären

- können diskutieren, welche Auswirkungen Migration auf die betroffenen Personen und die Aufnahmegesellschaft hat.

**RZG 8** | Demokratie und Menschenrechte verstehen und sich dafür engagieren:

- Die Schülerinnen und Schüler können die Entwicklung, Bedeutung und Bedrohung der Menschenrechte erklären.

### Überfachliche Kompetenzen:

Die Aufträge fördern überfachliche Kompetenzen wie eigenständiges Handeln (sich als Teil der Welt erfahren, eigene und fremde Werte reflektieren, Verantwortung übernehmen), interaktive Anwendung von Medien und Mitteln (interdisziplinäres und mehrperspektivisches Wissen aufbauen, vernetzend denken, vorausschauend denken und handeln) sowie interagieren in heterogenen Gruppen (Perspektiven wechseln, nachhaltigkeitsrelevante Fragestellungen gemeinsam bearbeiten, gesellschaftliche Prozesse mitgestalten).

### Didaktische Anregungen

Hinweis: Weitere Anregungen, Arbeitsblätter und Kopiervorlagen befinden sich auf der DVD «Kinder auf dem Weg» und auf [www.filmeeinewelt.ch](http://www.filmeeinewelt.ch)

### Auf der Flucht – Ein Leben in Angst

- Vor dem Film: Das vorhandene Wissen der SchülerInnen bezüglich Flucht/Migration und religiöse Diskriminierung abrufen. Fragen dazu sammeln und an der Tafel festhalten.
- Die SchülerInnen auf die Form des Kurzfilms und die besondere Gestaltung als Animationsfilm einstimmen.
- Ein zweites Visionieren ist angesichts der Kürze des Films sinnvoll.
- Stumme Auswertung: Unmittelbar nach dem Film versuchen die SchülerInnen individuell ihre Eindrücke, Reaktionen und Fragen mit farbigen Stiften auf lange Papierbogen zu zeichnen. Alle Formen des künstlerischen Ausdrucks sind erlaubt. Ziel ist, ohne zu sprechen seine eigenen Gefühle auszudrücken.
- Auswertung im Plenum: Die SchülerInnen schauen sich die Zeichnungen und Schriften an; dann können sie, falls gewünscht, ihre Darstellungen kommentieren oder Fragen zu ändern stellen.

### Darstellung der Flucht und des Lebens in Angst

- Folgende Fragen zum Animationsfilm in kleinen Gruppen diskutieren: Weshalb wählte man die Form des Animationsfilms für eine dokumentarische Geschichte? Wie werden Emotionen im Film dargestellt, zum Beispiel die Angst vor Polizei und Behör-

den oder die Angst, wieder zurückgeschickt zu werden? Trägt diese Form dem belastenden Thema Rechnung, fühle ich mich angesprochen? Was bringt diese Form zusätzlich?

- Auswertung im Plenum: Resultate auf einem separaten Papierbogen festhalten und zu jenen der stummen Auswertung hinzufügen.
- Die Lehrperson präsentiert kurz ein paar Zahlen und Fakten zu der Flüchtlingssituation weltweit und die jeweiligen Fluchtgründe. Variante: SchülerInnen machen in den gleichen Gruppen eine Internetrecherche.
- Die SchülerInnen überlegen sich in Kleingruppen, aus welchen Gründen sie selber ihr Land verlassen und in ein anderes flüchten würden. Was wäre ihnen wichtig im neuen Land? Was wären die Voraussetzungen, dass sie sich wohlfühlen würden? Kinder mit Migrationshintergrund können von ihrer Migration und den Gründen erzählen sowie davon, was ihnen geholfen hat/wichtig war im neuen Land – ein behutsames Vorgehen und Rücksicht auf die Kinder ist hier angezeigt.
- Im Englischunterricht kann die englische Version des Films mit der Originalstimme der echten Rachel gezeigt werden.

### Kinderrechte – das Recht auf Bildung

- Die 10 grundlegenden Kinderrechte (-> Kopiervorlage) vergrössert ausdrucken und gut sichtbar im Klassenzimmer aufhängen.
- Im Plenum herausfinden, welche dieser Rechte im Film vorkommen.
- Diskussion über das Recht auf Bildung: Was bedeutet dieses Recht für Rachel? Wodurch wird es eingeschränkt? Gibt es Unterschiede zwischen hier und Zentralasien? In welchem Land könnte die Geschichte spielen?
- Einen Bezug zu unserer eigenen Situation herstellen. Was bedeutet das Recht auf Bildung für uns, welchen Stellenwert hat es für uns?
- Wozu will Rachel ihre Bildung nutzen?

### Positionenspiel / Soziometrische Übung

Im Schulzimmer wird auf dem Boden mit Klebeband eine Linie markiert. Am einen Ende wird «Ich stimme zu» hingeschrieben, am anderen Ende «ich stimme nicht zu». Die Lehrperson verliest anschliessend verschiedene (durchaus auch polemische) Aussagen, zu denen sich die SchülerInnen auf der Linie positionieren müssen. Die Lehrperson fordert einzelne SchülerInnen auf, ihre Position zu erläutern. Anders positionierte SchülerInnen können darauf reagieren und ihre eigene Position vertreten. Ziel ist eine Diskussion um den Sinn der Schule, um geeignete Formen des Lernens und um kreative Ideen, wie man sich eine «gute Schule» vorstellt. Mögliche Aussagen auf [www.filmeeinewelt.ch](http://www.filmeeinewelt.ch) ■

#### Zuflucht gesucht – Rachel.

Animierter Dokumentarfilm von Andy Glynne, Grossbritannien 2012, 6 Minuten, geeignet ab 14 Jahren / Zyklus 3

Sprachen: Englisch, Deutsch, Französisch, Italienisch

Dieser Film ist auf der DVD «Kinder auf dem Weg» mit weiteren 6 Filmen zu Bildung, Kinderrechten und Kinderalltag erhältlich (Preis: Fr. 60.-). Er ist zudem auf dem VOD-Portal zur Miete (Streaming oder Download) verfügbar: [www.filmeeineweltvod.ch](http://www.filmeeineweltvod.ch)

Verkauf und Verleih (DVD):

éducation21, Tel. 031 321 00 22, [verkauf@education21.ch](mailto:verkauf@education21.ch)

Ausführliche Informationen: [www.filmeeinewelt.ch](http://www.filmeeinewelt.ch)



# HOTEL iGRAPPOLI LUGANO-SESSA



Inserat



## Mit der Schulklasse ins Tessin

Sind Sie auf der Suche nach einem geeigneten Ort für das Klassenlager oder ein Feriencamp, der viel Platz zum Herumtoben bietet? Im Feriendorf «I Grappoli» können Sie Wanderausflüge unternehmen, baden, picknicken, Grillabende im Schwimmbad veranstalten sowie Filme im Openair-Kino ansehen.

An der Grenze zu Italien ist «I Grappoli» ein idealer Ort, um den Schülerinnen und Schülern Erlebnisse in freier Natur zu ermöglichen und ihnen die Tessiner Kultur zu vermitteln. Das Feriendorf ist eine ruhige Oase inmitten einer zauberhaften Landschaft, es ist von einem 100000 m<sup>2</sup> grossen Park im Grünen umgeben.

Unsere 20 Ferienhäuser sind mit 3 bis 6 Betten sowie einer eingerichteten Küche ausgestattet, zudem bieten diese überdeckte Sitzplätze im Freien, WC und Dusche.

Gute Mahlzeiten und Zwischenverpflegung zu günstigen Preisen.

### Unsere Sonderpreise für Schüler-Feriencamps:

Pauschalpreise für die ganze Klasse  
(4 Nächte in 5 Bungalows, maximal  
6 Personen je Ferienhaus):  
**2400.- Franken (Standardausstattung)**  
**3200.- Franken (Comfortausstattung)**  
(exkl. Kurtaxe ab 14 Jahren)



Hotel i Grappoli  
6997 Sessa

Tel. 091 608 11 87  
Fax 091 608 26 41  
[www.grappoli.ch](http://www.grappoli.ch)  
[info@grappoli.ch](mailto:info@grappoli.ch)

Retouren an: vpod, Postfach 8279, 8036 Zürich

AZB

P.P. / Journal  
CH-8036 Zürich